DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 52 ab Samstag, 26. Juni 2021 bundesweit. Verkaufspreis 50 Cent mit Verwendungszweck Crowdfunding bitte an KDW e.V. IBAN: DE46 8306 5408 0004 2747 84 · BIC: GENODEF1SLR
Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye und Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben

Sie hätten es uns doch sagen können: »Leute, uns kracht mal wieder der US-Finanzmarkt zusammen.« Stattdessen logen uns Regierungen und Konzernmedien mit Corona an. NUN DROHEN SIE MIT DEM

DELTA GAGA

Das Volk will seine Freiheiten und Grundrechte zurückhaben und zweifelt am Corona-Narrativ der politmedialen Kaste. Um ihr medizinisch unbegründetes Angstregime aufrecht zu erhalten, brauchen die Panikschürer deshalb immer furchteinflößendere Geschichten.

Nun führen sie die Delta-Mutanten ins Feld! Die Verwendung des Wortes »Mutante« ist eine irreführende Dramatisierung der Konzernmedien, denn Mutanten kennen wir aus *Science-Fiction*-Filmen und Gruselgeschichten. »Mutation« hingegen ist der übliche Begriff für ein alltägliches Phänomen in der Biologie.

Der Verdacht liegt nahe: Sie versuchen mit allen Mitteln eine Drohkulisse für die sicher kommende Grippesaison im Herbst aufzubauen, um die repressiven Corona-Maßnahmen zu rechtfertigen und die Panikpolitik über den nächsten Winter zu retten. Dieser Kampagne steht die größte Demokratiebewegung der Geschichte gegenüber. Die Deutschen verständigen sich auf ihre Verfassungserneuerung von unten mit Volksentscheiden in allen grundlegenden Fragen.

- Zur »Delta-Mutante« Biologe Fiedler, Seite 3
- Demokalender der Verfassungsbewegung, Seite 6
- Interview mit Finanzexperte Marc Friedrich, Seite 11
- Panorama der Politverblödung, Seiten 12/13.



Mutanten, UFOs und Merkels Zensur-Dreieck: *Die Corona-Kampagne gegen Mittelstand und Arbeiterschaft wird mit Hilfe von Pharma, RKI und mittlerweile auch US-Weltraumkonzern Nasa lanciert. Konzerne wie Youtube und deutsche Landesmedienanstalten versuchen, unabhängige Journalisten zu zensieren. Illustration und Montage: DW/Jill Sandjaja*

Husten, Schnupfen, Heiserkeit während der EM?

Fußballweltmeister Thomas Berthold über Freundschaft, bunt angeleuchtete Windräder und die Versuche von Politfunktionären, den Sport zu instrumentalisieren. ***Sport mit Berthold, Seite 15.***

Fast weltweit

Der Preis der Republik geht an Sarah aus Kassel.
LAUDATIO von Nicolas Riedl



Demokraten aller Länder vereinigt euch! Für Sarah aus Kassel ist dieser Appell kein leeres Wort.

Die junge Macherin aus Nordhessen lässt Taten sprechen und engagiert sich mit Herzblut dafür, jene zusammenzuführen, in deren Adern der Wille zur demokratischen Meinungs- und Entscheidungsfindung strömt. Die »Pandemisten« sind global vernetzt – warum sind es nicht die Demokraten? Sarah aus Kassel verstand es, den derzeitigen Ausnahmezustand als globales Problem zu betrachten. Die Demokraten haben nur eine Chance, sich gegen das planetar agierende Unrechtsregime zur Wehr zu setzen, wenn sie der engen Vernetzung der selbsternannten *Global Leaders* etwas entgegensetzen. Für diese Erfolge der Demos in Kassel und die weltweite Anbindung gebührt ihr der Preis der Republik! Nächster Termin der Weltweit-Demos: 24.7.! Auf dass sich alle zusammenschließen, um dem Corona-Regime den Riegel vorzuschieben.

Siehe auch freiebuergerkassel.de *und* worldwidedemonstration.com.

Der Preis der Republik für Aufklärung, Courage, freie Debatte, Grundgesetz und Demokratie geht an Sarah aus Kassel. Die Auszeichnung wird seit 27. Juni 2020 vom Unterstützerverein dieser Wochenzeitung in Form einer Medaille am Band vergeben.

Bisherige Preisträger: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexander Richter, Prof. Karina Reiß, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung, 1,3 Millionen vom 1. August in Berlin, Ken Jebsen, Alexandra Wester und Joshiko Saibou, zwei Heldinnen vom 29. August in Berlin, remonstrierende Polizisten, Tommy Hansen, Alexander Ehrlich, Jens Wernicke, Friederike Pfeiffer-de Bruin, Sebastian Götz, Markus Haintz, Sebastian Friebel, Viviane Fischer, Beate Bahner, Louise Creffield, André und Mona, Sibylle plus Martin und Söhne, Ralf Ludwig, Nana Domena Lifestyler, Ilona Si Moussa, Sören Pohlen, Dr. Wolfgang Wodarg, Daniel Igwe, Boris Reitschuster, Dr. Reiner Füllmich, Michael Ballweg, Dr. Klaus Hartmann, Karl Hilz, Ines Teetzen, Matthias Guericke, Michael Fritsch, Ricardo Lange, Dolli, Dr. Louis Fouché, Sabine Langer, Dietmar Lucas.

KORREKTUREN

Liebe Leser! Wir bitten um Entschuldigung. Die vergangene Ausgabe DW 52 wurde während unseres Redaktions- und Verlagsgipfels bei Stralsund produziert, also außerhalb unserer Berliner Redaktion. Am Morgen der Drucklegung hatten wir unter Campingbedingungen technische Schwierigkeiten. Deshalb sind einige Redigate verloren gegangen. Die pünktliche Auslieferung der Zeitung zogen wir in diesem Falle vor. Die entscheidenden Fehler stellen wir im Folgenden richtig:

- Auf Seite 2 heißt es in der Laudatio im Ressort »Wir«, der Impfstoff des Astrazeneca-Konzerns sei ein mRNA-Impfstoff. Richtig ist, dass dies ein sogenannter Vektorimpfstoff ist, siehe unsere Fachressorts.
- Im Ressort »Demokratiebewegung« sind auf Seite 7 im Text unseres Reporters Clark Kent leider Tippfehler entstanden, die den Text zu Beginn fast unlesbar machen. Autor und Leser bitten wir um Verzeihung.
- Im Ressort International auf Seite 11 heißt es im Text zum Krieg Hitler-Deutschlands gegen die Sowjetunion, die Stadt Kiew sei im Zuge dessen praktisch von der Erdorberfläche verschwunden. Gemeint war aber Minsk, das zwischenzeitlich nur noch rund 50.000 Einwohner hatte.
- Im Hintergrundtext auf Seite 14 variiert die Schreibweise des Namens Roman Protassewitsch. In deutscher Aliteration gilt die Schreibweise mit Doppel-S und itsch als üblich.
- Das im Ressort Feuilleton auf Seite 15 besprochene Buch Hans Werner Richters heißt vollständig betitelt »Die Stunde der falschen Triumphe«. Das Werk erschien 1982 im Verlag Klaus Wagenbach, Berlin.

Wir hoffen, Sie wissen die offene Richtigstellung zu würdigen und bitten um Nachsicht. Wir sind gewillt, von Woche zu Woche besser zu werden. *Die DW-Redaktion.*



Zum Geleit

EIN DEMOKRATISCHER GRUß!

Texte, Audio und Video: Siehe demokratischerwiderstand.de

Die Redaktion möchte sich Ihnen vorstellen und sich erklären. Gestatten? – Wir sind die Redaktion der Wochenzeitung Demokratischer Widerstand (DW) in Berlin. Wir sind unabhängig von Parteien, Konzernen und anderen korrumpierten Strukturen. Crowdfinanziert und professionell. Wir stehen der Demokratiebewegung um *nichtohneuns.de*, *demokratischegewerkschaft.de*, Bewegung Leipzig und Querdenken nahe. Dank der vielen einzelnen kleinen und mittleren Spenden* können wir jede Woche diese gedruckte Zeitung sicherstellen und in unserer gesamten Republik verbreiten.

Wir sind parteilose liberal eingestellte Menschen. MedizinerInnen, Journalisten, Arbeiter, Juristen, Künstler, Händler, Unternehmer, Mütter und Väter, Alte und Junge vielerlei Hintergründe. Uns ist daran gelegen, dass die Freiheitsrechte unserer Verfassung, dem Grundgesetz, vollständig wiederhergestellt werden. Wenn uns das gelingt, werden wir diesen Erfolg gemeinsam mit allen feiern, die sich daran beteiligt haben, auch über Animositäten hinweg. Denn die Grundlage, sich politisch streiten oder gar schneiden zu können, sind die liberalen Grundrechte. Doch diese sind von der Regierung abgeschafft worden, die die Verfassung gebrochen und sich mit Verordnungen totalitär ermächtigt hat. Deshalb führen wir die Debatte um eine neue Verfassung an.

WARUM GIBT ES DIESE WOCHENZEITUNG JETZT ZUM 52. MAL?

Und warum in einer gedruckten Auflage von mindestens 100.000 Print-Exemplaren (und weit darüber) sowie als E-Paper und Online-Ausgabe unter demokratischerwiderstand.de?

Ganz einfach!

Für Freiheit, Gleichheit, Geschwisterlichkeit und, ja, auch Einigkeit und Recht und Freiheit. Wir sind der Ansicht, dass zu viele Menschen der Gleichschaltung der Berufspolitik und der Konzern- und Regierungspropaganda ausgesetzt sind. Diese können durch unsere Wochenzeitung die Kenntnis davon erlangen: Ja, es gibt eine Opposition im Jahr 2020 und auch '21!

Während des derzeitigen Zusammenbruchs des Finanzmarktkapitalismus, der auch ohne Ausgangssperre stattgefunden hätte, projiziert das verfassungsbrüchige Regime seinen Hass und seine Panik auf uns, die anderen Menschen, die in dessen System nie eine grundlegende Wahl gehabt haben. Wir erleben unter dem Stichwort »Corona« den Versuch einer terroristischen Diktatur der am meisten reaktionären, chauvinistischen und imperialistischen Elemente des Finanzkapitals. Thomas Schäfer (CDU), Finanzminister des Landes Hessen, hat sich bereits im März 2020 das Leben genommen. Ungezählte Tragödien spielen sich ab.

Die Unbekannten, Stillen, Vergessenen, Alten und Kranken sind für uns keine Namenlosen – sie gehören alle zu uns. Zugleich ist diese Krise auch eine Chance zur Erneuerung unseres demokratischen Miteinanders. Wir setzen uns dafür ein, dass unsere künftige Wirtschaftsgesetzgebung (basis-)demokratisch, transparent & ergebnisoffen verhandelt und beschlossen wird. Denn wir alle werden unter den neuen Regeln zu leben haben. – *Die DW-Redaktion*

*Schenkungen mit Verwendungszweck »Crowdfunding« gern an KDW e.V., IBAN DE46 8306 5408 0004 2747 84

PRINTABO-AKTION DW 2021 AUF DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE



A DEMOCRATIC GREETING FROM BERLIN!
UN SALUT DÉMOCRATIQUE DE BERLIN!
BERLİN'DEN DEMOKRATİK BİR SELAMLAMA!

We are journalists and members of the editorial office from all walks of life in democratic and antifascist resistance in the Federal Republic of Germany. We publish and assemble to defend our liberal constitution, the so-called Grundgesetz.We are very interested in international cooperation, please feel free to contact us on our websites NICHTOHNEUNS.DE or DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE or via e-mail to demokratischerwiderstand@protonmail.com. Please take into consideration, the current German government and the EU are not what they may seem abroad. During Corona they have taken a fascist turn that is worsening on a weekly basis. We, as editors, are being slandered, harassed, and persecuted for our work as the oppositional liberals that we are. Please help us, contact us, inform international press and human rights organisations abroad. Thank you! Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand Berlin | Bureau de la communication pour la résistance démocratique Berlin | Communication Office for Democratic Resistance Berlin

Ach Köln … ach Köln

EINWURF *von Werner Köhne*

Weiden West. Großes Einkaufszentrum. Der erste Eindruck nach vielen Monaten Kauf- und Flanierblockade…

…hier ist nach der Aufhebung vieler *Lockdown*-Maßnahmen nichts, aber auch gar nichts zu spüren von einer Rückkehr in die Normalität; nichts zu spüren von Lebensfreude, ja nicht einmal von Kauflust. Die langen Flure sind leer. Galeria Kaufhof ist nicht mehr da. Ein Brett verbarrikadiert den alten Eingang. Im großen Apple-Zentrum, einst angesagter Ort fiebrigen *Flows*, sind ein paar Kunden, die sich einer Übermacht an uniformierten Verkäufern gegenüber sehen. Das Textilangebot bei New Yorker ist noch riesig – aber wie zum Ramsch freigegeben (sieben Euro ein Oberhemd). Wickelt man schon ab? Selbst die Schnäppchenhand will da nicht mehr zugreifen.

Zum Beispiel Köln und die geänderte Wahrnehmung im Wallraff-Museum. Auch hier keine Erleichterung über die Rückkehr der Bilder. Zwei fallen ins Auge. Eines zeigt die Visionen des spätmittelalterlichen Meisters Hieronymus Bosch – wahre Albträume, nun mit deutlichem Aktualitätsbezug. Zu sehen sind tierartige Wesen, die ihre Nähe zum Menschen dadurch bezeugen, dass sie spitz zulaufende Gesichter aufweisen – wo draußen Passanten mit raubvogelartigen Masken die »dystopia«-Vision bestätigen. Das andere Bild: ein Selbstportrait von Rembrandt; es zeigt ihn als sehr alten Mann, der auf schwer zu deutende Art in ein Gelächter ausbricht – ein Gelächter, das uns gilt?

Zum Beispiel Köln und die Rolle, die der Sänger Wolfgang Niedecken in der Rheinmetropole spielt. Köln ist *Niedecken Country*, wie sein Auftritt mit der Oberbürgermeisterin auf dem Rathausbalkon beweist: Einst schaffte er es, hunderttausend Demonstranten gegen Rassismus auf die Straße zu bringen, während heute auf dem Rudolfplatz eine tapfere kleine Frau marokkanisch-spanischer Herkunft eine kleine Gruppe von Demokratieverteidigern um sich schart. »Das mag de Wolfjan nicht. Dat is ihm zu rechts.« Derweil wirbt eine Frau Kebekus in der Straßenbahn für Maske, Abstand und Anstand.

Zum Beispiel das Ineinander von »de Dom«, Karneval und »FCeee«. Dazu eine jahrzehntelang vor sich hinschlummernde universitäre Philosophie — bis dann einer aus ihr hervorging, der den staatlich geförderten Zeitgeist wie kein zweiter prägte: R. D. Precht. Ach Köln … ach Köln.

Werner Köhne zur Lesung einladen? E-Mail an wernerpaulkoehne@gmail.com!

»Minima Mortalia« von Werner Köhne erscheint bei Sodenkamp & Lenz. 216 Seiten, 27,50 Euro. Nachwort von Gunnar Kaiser. Bestellung auf demokratischerwiderstand.de.

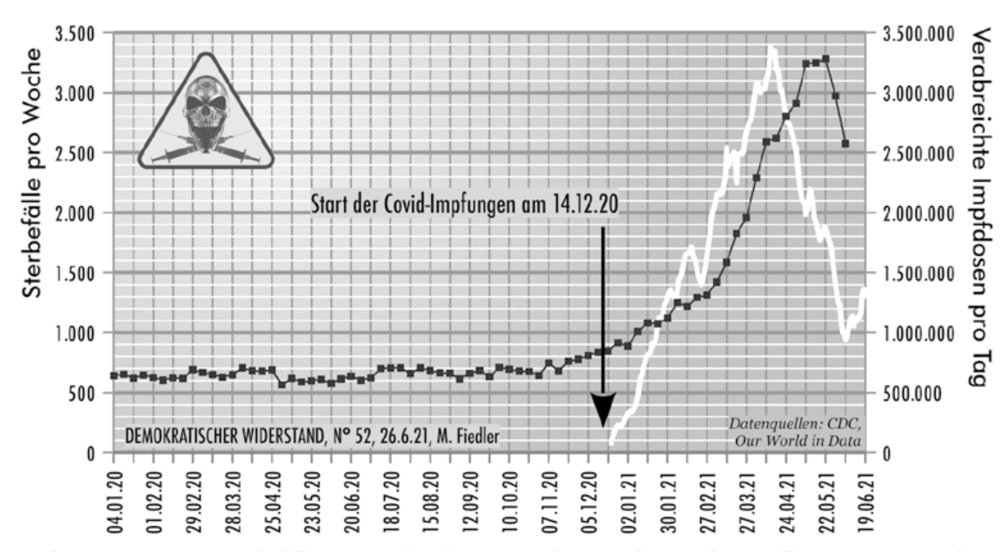


DW-TITEL

KEINE BELEGE FÜR GEFÄHRLICHKEIT VON DELTA

Die Virusvariante in einem Faktencheck, der den Namen verdient.
Von Markus Fiedler

Lauterbachs apokalyptische Visionen von gefährlichen Mutanten des Corona-Virus Sars-Cov-2 werden gern aufgegriffen. Mit Gruselfreude verbreiten TV und Konzerpresse ständige Wiederholungen. Doch ist die Delta-Variante oder »Mutante« aus Indien denn nun wirklich gefährlicher?



Schwarze Kurve: *Sterbefälle pro Woche ohne zugeordnete Todesursache, Quelle: USA, Centers for Deseases Control and Prevention (CDC), Weekly Provisional Counts of Deaths by State and Select Causes, Tabellenspalte »Symptoms, signs and abnormal clinical and laboratory findings, not elsewhere classified (R00-R99)«. data.cdc.gov/NCHS/Weekly-Provisional-Counts-of-Deaths-by-State-and-S/muzy-jte6*
Weiße Kurve: *Impfungen pro Tag in den USA, Quelle: ourworldindata.org/us-states-vaccinations*

Zunächst einmal ist wiederholt festzustellen, dass die Übersterblichkeit für das Jahr 2020 nur leicht erhöht ausfällt. Es gab 982.489 Todesfälle gegenüber etwa 972.000 Toten, die zu erwarten gewesen wären. Von einer dramatischen Lage kann also nicht ansatzweise die Rede sein.

Aus der fortlaufend auf DW-Seite 3 abgebildeten Grafik können Sie unter anderem entnehmen, dass wir im Jahr 2021 bisher ebenfalls eine Untersterblichkeit haben. Es gibt auch keine Überbelegung in den Krankenhäusern – alles Zahlentricks der Krankenhäuser, um staatliche Finanzspritzen zu kassieren, wie jetzt endlich nach mehrmonatiger Verspätung auch die Qualitätsmedien festgestellt haben.

MUTATIONEN KOMMEN STÄNDIG VOR

Die Corona-Viren sind RNA-Viren. Um deren Genom zu vervielfältigen, benötigen die Viren eine RNA-abhängige Polymerase zum Kopieren des viralen Genoms. Diese Enzymklasse ist im Gegensatz zu DNA-Polymerasen generell sehr fehleranfällig. Sie produzieren alle 2.000 bis 10.000 Basen einen Fehler beim Kopieren des Genoms. Corona-Viren haben ein Genom in der Größe von etwa 30.000 Basen. Nach Reproduktion der Viren in einer Wirtszelle treten pro Virus demnach etwa 2 bis 15 Kopierfehler auf. Im Klartext: Wenn Sie sich bei einem Corona-Erkrankten anstecken, sind Sie immer mit einer Corona-Mutante infiziert.

Je mehr Generationen so ein Virus durchläuft, desto höher potenzieren sich die Kopierfehler. Die meisten dieser sogenannten Mutationen sind folgenlos. Dies lässt sich mit dem Mechanismus der Übersetzung der RNA-Basensequenz in die Eiweiß-Aminosäure-Sequenz begründen. Stichworte für Interessierte sind hier »degenerierter Triplett-Code«.

Karl Lauterbach, der allerorten als SPD-Gesundheitsexperte vorgestellt wird, behauptet nun, dass die Delta-Variante deutlich gefährlicher sei als vorangegangene Varianten. Woher hat er das? Lauterbach erwähnt eine Studie der »Oxford-Universität«, genaueres erfahren wir nicht. Wir haben also nichts als Geraune aus einer nachweislich unzuverlässigen Quelle. Gefunden habe ich in Arbeiten zur indischen Mutation mit dem klangvollen Namen B1.617.2 Sätze wie den folgenden: »Fast jede Patientin in dieser Studie berichtete während der Probenahme über keine starken Symptome, während wir bei den männlichen Patienten fanden, dass die Zahl der symptomatischen Fälle mit der Zahl der asymptomatischen Fälle fast gleich war.«

IMPFUNG VERSCHLIMMERT KRANKHEITSVERLAUF

Häufig wird erwähnt, dass neue Varianten des Corona-Virus ansteckender seien. Eine Veränderung des Spike-Proteins wird erwähnt. Jedoch fand ich keine Textpassagen, die eine erhöhte Todesrate oder einen schwereren Krankheitsverlauf vorhersagten oder gar belegten. Lauterbach insinuiert auch dort große Gefahr, wo objektiv so gut wie keine besteht. Er sagt: »Gerade bei der Delta-Variante haben wir in England gesehen, dass von den infizierten Kindern ein Prozent so schwer erkranken, dass sie im Krankenhaus behandelt werden müssen. Das ist keine Kleinigkeit.« Wenn man weiß, dass Kinder generell an Sars-Cov-2 so gut wie gar nicht erkranken, fällt das Horrorszenario in sich zusammen. Insgesamt sind derzeit in Deutschland weniger als 20 Todesfälle bei Kindern bekannt.

Bis zum 21. Juni 2021 seien laut RKI in Deutschland 3.722.327 Patienten an Covid-19 erkrankt. Davon seien 90.395 mit Covid-19 verstorben. Damit starben etwa 2,4 Prozent der Erkrankten nach offiziellen Zahlen. Von den 13.087 Personen, die nach doppelter Impfung trotzdem an Covid-19 erkrankten, sind 662 verstorben. Das entspricht einer Sterberate von 5,1 Prozent. So steht es in einer Antwort des Gesundheitsministeriums an den Journalisten Boris Reitschuster. Impfungen verschlimmern demnach offensichtlich den Krankheitsverlauf von Covid-19 und verbessern ihn nicht, denn ansonsten müsste die Todesrate der Geimpften niedriger ausfallen als die der Ungeimpften.

In Europa wurden bis zum 21. Juni 2021 laut dem *European Centre for Disease Prevention and Control* (ECDC) »Vaccine Tracker« 307.456.587 Impfdosen verabreicht. Es wurden laut Datenbank der Europäischen Arzneimittelbehörde (EMA) insgesamt 590.296 sogenannte »Verdachtsfälle«, also Fälle mit Nebenwirkungen im Zusammenhang mit Corona-Impfungen gemeldet. Für 152.800 Fälle davon wurden schwere Nebenwirkungen gemeldet. Bisher kam es zu 9.549 Todesfällen im direkten Zusammenhang mit Impfungen, 12.128 Patienten sind bisher dem Tod nur knapp entronnen. 12.167 Patienten erlitten bleibende Folgeschäden nach den Impfungen.

BESCHÖNIGTE STATISTIKEN

Deutschland ist das Land mit dem größten Meldeverzug. Die gemeldeten Nebenwirkungen im Zusammenhang mit Covid-Impfungen liegen hier bei knapp unter 80.000 Fällen. Davon wurden aber bisher nur etwas mehr als 20.000 gemeldet. Die EMA-Datenbank enthält also allein für Deutschland circa 60.000 Fälle zu wenig. Die Todesrate der Impfstoffe wird wahrscheinlich um den Faktor 4,4 zu niedrig angegeben!

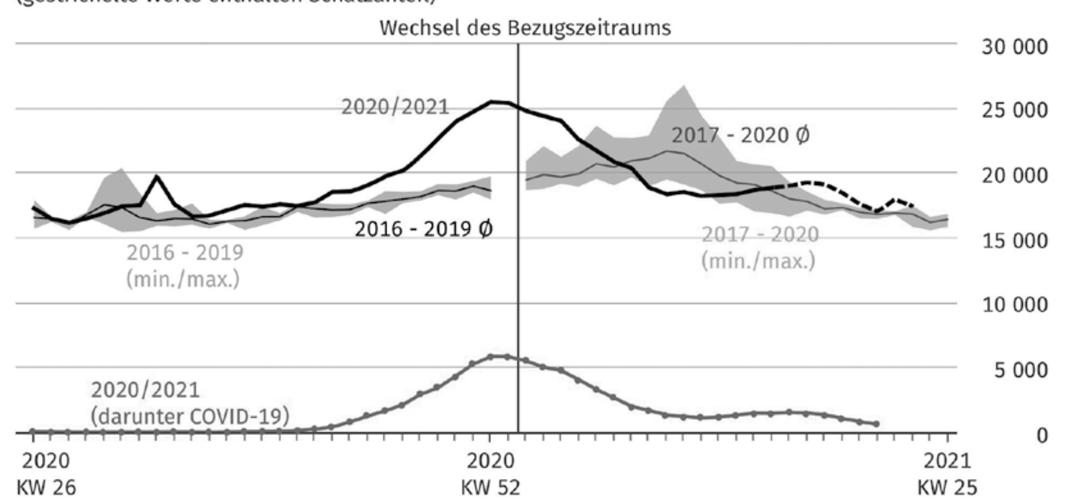
In den USA gibt es die CDC-VAERS Datenbank. Darin sind abnormale Reaktionen auf Impfungen verzeichnet. Sie basiert auf Meldungen der Ärzte und der Geschädigten beziehungsweise deren Angehörigen. Am 16. Juni 2021 waren dort 5.888 Tote im Zusammenhang mit Impfungen registriert. Wie bei der europäischen EMA-Datenbank, die die Datenbasis ähnlich ermittelt, gibt es hier die Befürchtung, dass eine hohe Dunkelziffer existiert. Man spekulierte bezüglich der EMA-Datenbank, dass die Zahlen dort etwa generell um den Faktor 6 zu niedrig seien.

AUFFÄLLIGE ÜBERSTERBLICHKEIT DURCH IMPFUNGEN

Steve Kirsch, ein Ingenieur aus den USA, hat eine zweite Datenbank der CDC untersucht und fand Kurioses. Er veröffentlichte seine Ergebnisse am 16. Juni 2021 unter *www.skirsch.io*. Die Todeszahlen schwanken darin wöchentlich in der Regel zwischen 600 und 800. So war es im gesamten Jahr 2020 bis Dezember. Mit Beginn der Covid-19-Impfungen in der Woche vom 19. Dezember 2020 beginnt hier allerdings eine sehr auffällige Steigerung der Todeszahlen bis auf 1.000 Tote pro Woche im Januar 2021 und danach bis auf etwa 3.000 Tote pro Woche im April. Hier ergibt sich eine eindeutige zeitliche Korrelation zwischen Impfstart und Todesraten. Ebenso ein Zusammenhang zwischen der Menge der Impfdosen und der auffälligen Übersterblichkeit.

Steve Kirsch ist sich sicher, dass daher auch eine Kausalität zwischen Impfungen und den Todesfolgen existiert. Er hat errechnet, dass sich seit Impfbeginn eine Übersterblichkeit von 25.883 Fällen bis 29. Mai 2021 angehäuft hat. Sollten diese Annahmen korrekt sein, dann sind etwa 4,4-mal mehr Leute an den Impfungen verstorben als angenommen. Derzeit sind in den USA laut »Covid-Data-Tracker« 150 Millionen Menschen geimpft worden. 0,0172 Prozent der Geimpften starben demnach wahrscheinlich direkt an der Impfung. Es zeigt sich hier bei den Todesraten die gleiche alarmierende Auffälligkeit, die wir auch letzte Woche in einer Grafik für Deutschland dargestellt haben. Schöne neue Corona-Welt!


Markus Fiedler ist Diplombiologe mit Fachgebiet Mikrobiologie/Genetik sowie DW-Ressortleiter Naturwissenschaft.



WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

Die linksstehende Statistik zeigt die Sterbefälle in der Bundesrepublik im Vergleich der Jahre. Daraus geht hervor, dass die Anzahl der Gestorbenen seit dem Winter und Frühjahr 2020 deutlich unter den Zahlen der Grippewelle des Jahres 2018 und ähnlich den Zahlen anderer Jahre liegt. Das gilt auch für 2021. Es gibt demnach keine außergewöhnliche Übersterblichkeit.

Sars-Cov-2 (Corona) existiert. Der Virus ist auch nicht völlig ungefährlich. Corona ist jedoch nicht oder nicht wesentlich bedrohlicher als andere Grippeinfektwellen, wie sie zu jedem Jahreswechsel auf der Nordhalbkugel stattfinden. Denn wäre Corona übermäßig bedrohlich – oder gar menschheitsbedrohend –, dann müsste die Sterberate von uns Menschen signifikant und ganz außergewöhnlich ansteigen. Das ist aber nicht der Fall. Die Daten sind jene des Statistischen Bundesamtes.

250 Expertenstimmen zu Corona: NICHTOHNEUNS.DE/VIRUS

MELDUNG

UMFRAGE ZUR MEINUNGSFREIHEIT OFFENBART TIEFE SPALTUNG

Frankfurt/ DW. Fast die Hälfte der deutschen Bevölkerung glaubt nicht mehr, dass es Meinungsfreiheit in Deutschland gibt. Dies ist das Ergebnis einer aktuellen Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach im Auftrag der *FAZ*. Weniger als die Hälfte der Befragten, 45 Prozent, erklärten, die politische Meinung könne in Deutschland frei geäußert werden. Dem konnten fast genauso viele, 44 Prozent, nicht zustimmen, der höchste Wert seit 1953, dem Jahr, in dem das Allensbach-Institut zum ersten Mal die Frage stellte: »Haben Sie das Gefühl, dass man heute in Deutschland in seiner politischen Meinung frei sein kann oder ist es besser, vorsichtig zu sein?« (hes)

OFFENER BRIEF AN DIE HOFGELEHRTEN DER REGIERUNG

Berlin/DW. In einem offenen Brief vom 15. Juni 2021 fordern namhafte Juristen des Vereins Anwälte für Aufklärung eine klare Stellungnahme des Ethikrats gegen die Ausgrenzung ungeimpfter Bürger sowie zur Impfung von Kindern mit ungetesteten Wirkstoffen. Die Anwälte nennen als Anlass hierzu die »aktuell immer lauter werdende Debatte in der Bundesrepublik, die eine unterschiedliche Behandlung von Geimpften und Ungeimpften zum Inhalt hat«.

In ihrem Brief weisen die Juristen auf die Artikel 1, 2 und 3 des Grundgesetzes hin, welche Menschenwürde, Rechtsverbindlichkeit der Grundrechte, persönliche Freiheitsrechte und Gleichheit vor dem Gesetz festlegen. Zusätzlich warnen die Anwälte vor einem Ausschluss von ungeimpften Kindern vom Präsenzunterricht und einem Zerreißen der Bürgergesellschaft durch die Einführung von willkürlichen Kriterien, wie geimpft/ungeimpft.

Am 4. Februar 2021 hatte der Ethikrat verlautbart, dass Menschen ohne Impfung von allen Orten ausgeschlossen werden dürften, welche gesellschaftlich nicht grundlegend wichtig sind. Der Ethikrat wird zur Hälfte von der Bundesregierung, zur anderen Hälfte vom Parlament berufen, womit in der Konsequenz mehr als die Hälfte der Ethiker von den Regierungsparteien ernannt werden. Der Ethikrat wurde 2001 von Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) im Rahmen seiner »Expertenregierung« eingerichtet, um tiefgreifende politische Entscheidungen in den Medien als wissenschaftlich alternativlos kommunizieren zu können. (hes)

Mahnwachen

INTERVIEW | ***Es geht um die Verleumdung von Soldaten durch Reservisten unter der Anleitung von John Feuerer vor den bayer Mahnwachen durch. Der Demokratische Widers***

DW: Wie kamen Sie zu der Entscheidung, Mahnwachen für Soldaten abzuhalten?

John Feuerer: Mir wurde der Fall des Brigadegenerals Markus Kreitmayr im letzten Jahr bekannt und ich recherchierte daher die Hintergründe der medialen Hetzjagd. Besonders bedauernswert finde ich, dass das Bundesministerium der Verteidigung (BMVg, Red.) von seinem Amnestie-Vorhaben in der Munitionsaffäre Bescheid wusste Medial wird es so transportiert, als hätte er eigenmächtig gehandelt. Selbst dem *Spiegel* wurde bekannt, dass man im Bundesministerium der Verteidigung davon wusste. Obwohl Kreitmayr ein äußerst integrer Soldat ist und auch gegen mögliche extremistische Tendenzen im KSK vorgeht, will man ihn zur Rechenschaft ziehen. Das BMVg beugt sich der medialen Hatz, anstatt sich hinter seinen wohlverdienten Soldaten zu stellen. Ich nehme nun diesen Fall und die aktuelle Pandemie-Situation zum Anlass für die Mahnwachen: Soldaten dürfen sich per Gesetz nicht politisieren beziehungsweise politisch äußern und sollten daher auch politisch und medial nicht instrumentalisiert werden. Darüber hinaus möchten wir auch an den Soldateneid und den Amtseid aller Amtsträger erinnern, der für den Schutz der Verfassung und der Bevölkerung geleistet wurde.

Was verbindet Sie mit der Bundeswehr?

Ich selbst habe zwölf Jahre bei der Deutschen Bundeswehr gedient, Teilstreitkraft und Luftwaffe. Für mich war das Leisten des Eids und der damit verbundene Dienst an Staat und Volk etwas sehr Besonderes. Als ich 1985 zur Bundeswehr kam, also in einer Zeit, als der Eiserne Vorhang noch Realität war, stand für mich an erster Stelle die Verteidigung des Volkes und selbstverständlich die demokratische Freiheit im Vordergrund.

Welcher Art von politischer Verfolgung sind die Soldaten ausgesetzt?

In den letzten Jahren wurde die politische und mediale Landschaft linksliberal neu gestaltet. Die Flüchtlingskrise hat dem ganzen Umformungsprozess Vorschub geleistet. Deutschland befindet sich in einem nationalen Zerfallsprozess. Was nicht tolerant ist, wird tolerant gemacht, und wenn die Toleranz nicht hundertprozentig ist, dann wird man in die rechte Ecke gestellt. Der Soldat verkörpert nicht nur Werte wie Sicherheit, sondern auch eher traditionelle, konservative Werte wie Beständigkeit, Achtung und Ehre. Diese Vorstellung kollidiert mit dem linksliberalen Gedankengerüst. Daher ist man bestrebt, alle diese traditionellen Werte per se als Gefahr zu betrachten und alles, was nicht in das Schema passt, zu stigmatisieren. Das gelingt leicht mit Begriffen wie rechts, Rassismus und dergleichen. Der Soldat wird also zum Feindbild der linksliberalen Welt, solange er nicht deren Werte verkörpert. Ich will damit sagen, bereits damals gab es Tendenzen, den Soldaten als Feind im eigenen Land zu betrachten und daran hat sich meines Erachtens auch nichts geändert. Wenn man über den großen Teich schaut, begegnet man dort den Soldaten mit besonderem Respekt, weil sie etwas für ihr Land getan haben. Während eines Besuches in den USA hatte mich besonders berührt, als ein US-Veteran zu mir deutschem Veteran sagte: »*Thank you for your service!*« Danke für Ihren Dienst. Das habe ich nie in Deutschland gehört.



Amtseid und Grundgesetz: Die amtierende Verteidigungsm

Wo sehen Sie Möglichkeiten, mit den Mahnwachen etwas zu bewirken?

Die Mahnwachen sollen wieder bewusst machen, dass es Menschen in der Bevölkerung gibt, die den Dienst des Soldaten wertschätzen. Wir sehen uns dabei nicht als Mitstreiter der Reservistenverbände, sondern als eigenständiges Bindeglied aus ehemaligen Soldaten, die gerade in dieser Zeit zu Ihrem Eid und zum Volk stehen. Gerade in einer Zeit,

DIE APOTHEKE ALS PROPAGANDAMASCHINE

Die Apothekerschaft unterstützt mit ihrer PR-Offensive #unverzichtbar: Schutzmaßnahmen gegen Corona das staatlich forcierte Pandemienarrativ. | KOMMENTAR von Jill Sandjaja

Die Pandemie wurde ausgerufen und das große Geschäft mit Masken, Vinylhandschuhen und Desinfektionsmitteln konnte beginnen. Natürlich ist die Versorgung von Arzneimitteln unverzichtbar, dennoch hätten sich die Apotheken die infantilisierenden Erziehungsmaßnahmen für die deutsche Bevölkerung sparen können. Jeder wusste auch vor der Werbekampagne, wie man sich die Hände wäscht.

Die Propagandamaschine der deutschen Apotheken läuft: Seit Ende März 2020 heißt es, ganz dem Tenor der Regierung entsprechend, auf den Plakaten: »Zu Hause bleiben, zusammenhalten! Hände waschen, 2 x *Happy Birthday* singen! Keine Bussis und Umarmungen, dafür öfter lächeln! Keine Panik, nicht hamstern, einander helfen!«

Die Apotheken kündigen die komplette Digitalisierung des Gesundheitswesens in Deutschland an. Seit dem 14. Juni 2021 können Apotheken einen digitalen Impfnachweis erstellen und die Menschen noch tiefer in den Sog des Corona-Wahnsinns ziehen. Das Impfzertifikat, bestehend aus einem QR-Code, enthält den Namen und das Geburtsdatum des Geimpften und gibt Informationen zum Impfstatus, zum Impfstoff, zum Impfdatum und zur entsprechenden Impfdosis. Statt »digitaler Impfpass« heißt der Passierschein nun »digitaler Impfnachweis«, mit welchem Geimpfte die Erlaubnis bekommen, innerhalb der EU reisen zu dürfen. Für die Ausstellung bekommen die regierungstreuen Apotheker, gemäß der Coronavirus-Impfverordnung, eine dicke Belohnung.

DER ÜBERWACHUNGSSTAAT WIRD AUSGEBAUT

Die Apotheken unterstützen außerdem das Patientendaten-Schutz-Gesetz, das am 14. Oktober 2020 vom Bundestag beschlossen wurde. Das bedeutet unter anderem, dass ab 2022 das sogenannte E-Rezept (elektronisches Rezept) das rosafarbene Papierrezept ersetzen wird. Für die *#unverzichtbar*-Kampagne lassen sich etliche unbekannte Kommunalpolitiker instrumentalisieren und machen sich auf riesigen Plakaten mit dem Slogan »Miteinander für unsere Gesundheit« zum Werbeobjekt der Apotheker. Statt nach bestem Wissen und Gewissen dem deutschen Volk zu dienen, sind sie damit beschäftigt, die Stiefel der Mächtigen zu lecken und nach leicht verdientem Applaus zu eifern.

WAS WIRKLICH *#UNVERZICHTBAR* IST

Nicht heuchlerische Kampagnen, die uns angeblich vor einer Killer-Pandemie schützen sollen, sind unverzichtbar, sondern unsere elementarsten Rechte – wie zum Beispiel das Recht auf Datenschutz. Den Apothekern sei hierzu die Europäische Grundrechte-Charta (Artikel 8) zum Nachlesen empfohlen, sowie auch die Artikel 1 und 2 des deutschen Grundgesetzes.

n für Soldaten

Politik und Medien. Seit Mitte April 2021 führen Veteranen und ischen und baden-württembergischen Kasernen der Bundeswehr stand spricht mit dem Initiator. | Von Vicky Richter



ministerin zwischen Talk und Truppe. *Collage: Jill Sandjaja*

in der das Grundgesetz in massivster Weise beschnitten wird, ist es besonders wichtig, der Bevölkerung zu zeigen, dass auch wir als ehemalige Soldaten immer noch zum Volk und zur Verfassung stehen. Die Mahnwachen sollen aber auch im Gegenzug den Soldaten von heute zeigen, dass wir, in Zeiten des ständigen Hinterfragens und Stigmatisierens, hinter ihnen stehen.

Welche Erwartungen haben Sie an die politische Führung der Bundeswehr?

Betrachtet man den Fall Kreitmayr, so würde ich mir wünschen, dass nicht jede Persönlichkeit, die sich verdient gemacht hat, gleich ans Kreuz genagelt wird und dass gerade das BMVg sich hinter seine Soldaten stellt und nicht vor den Medien kapituliert. Es wäre kein Schaden entstanden im Amnestie-Verfahren die Munition zurückgeben zu lassen, zumal es sich größtenteils um Übungsmunition handelte. Größeren Schaden sehe ich eher in verschwendeten Steuergeldern durch das BMVg.

Was sagen Sie zu den Reservisten und Veteranen aus den Niederlanden und Belgien, die ein Zeichen setzen und sich vor die friedlichen Demonstranten stellen, um diese zu schützen?

Ich empfand das als ein unglaublich starkes Zeichen, wie sich Soldaten vor das zu schützende Volk stellen. Es zeigt mir aber auch ein anderes, respektvolleres Verständnis für den Soldaten und seinem geleisteten Dienst.

Sehen Sie auch ein derartiges Potenzial in den deutschen Veteranen- und Reservistenvereinigungen?

Zum aktuellen Zeitpunkt betrachte ich solche Aktionen bei uns als äußerst kritisch. Wenn man zum Beispiel gerade die ausufernde Gewaltbereitschaft in Teilen der Berliner Polizei beobachtet, dann würde so ein Auftreten womöglich in einer Gewaltspirale enden. Ein ähnliches Szenario konnte man ja bei der letzten Berlin-Demo erleben, bei der ein Kamerad unglücklicherweise krankenhausreif geschlagen wurde. Für sinnvoller halte ich zum jetzigen Zeitpunkt, Mahnwachen in kleinem Umfang in der ganzen Republik abzuhalten. Wenn sich alle Veteranen und Reservisten daran beteiligen, setzt das ein entsprechendes Zeichen. Nicht nur an die Soldaten. Wenn sich Veteranen vereint mit Familien, mit Kindern, mit Großeltern vor den Kasernen treffen, kann auch die Politik zum Nachdenken angeregt werden. Eine Regierungspolitik, die das nicht berührt, hat auch keine Empathie für das Volk.

Wie sehen Sie die Spaltung der Uniformträger und der zivilen Bevölkerung?

Die Spaltung ist im Grunde nichts Neues. Gerade zur Zeit des Vietnam-Krieges wurde die Rolle des Militärs neu und kritisch betrachtet. Aber auch damals waren die Friedensbewegungen in der westlichen Hemisphäre vom politischen Gegner hinter dem Eisernen Vorhang gesteuert, unter anderem durch die Außerparlamentarische Opposition (APO) und später die Rote-Armee-Fraktion (RAF). Allerdings hat bereits diese Spaltung etwas in den Köpfen der Menschen verursacht: Der Soldat wurde kategorisch mit Gewalt in Verbindung gebracht. Das traf gerade hier, im damaligen Westdeutschland, auf fruchtbaren Boden. Das konnte man im Osten nicht so wahrnehmen, was die politische Steuerung bestätigt. Wir stellen jedoch fest, dass diese Steuermechanismen der ehemaligen DDR bei uns Einzug gefunden haben. Eigentlich hätte sich doch nach der Wiedervereinigung ein anderes oder neues Nationalgefühl und ein erneuertes Verhalten gegenüber Soldaten einstellen müssen, doch Fehlanzeige. Es ist ein schleichender Prozess, der seit mindestens 70 Jahren besteht und der nie aufgehört hat, ja womöglich gerade in seiner Endphase ist. Vielleicht haben wir die Möglichkeit, jetzt etwas an diesem Bewusstsein zu ändern.

Kickl-FPÖ und Corona-Regime

Die Wahl von Herbert Kickl zum Parteichef der FPÖ hat bedeutende Folgen für die österreichische Parteienlandschaft, das Corona-Regime und die Widerstandsbewegung. | Von Eric Angerer

Mit Herbert Kickl kommt jemand an die Spitze der FPÖ, der sehr scharf gegen verschiedenste Covid-Maßnahmen der Bundesregierung auftritt. Er hat als FPÖ-Fraktionsvorsitzender das Maskentragen im Parlament verweigert. Er lässt sich, anders als sein Vorgänger Norbert Hofer, nicht impfen. Er hat auf der Straße gegen die Grundrechtseinschränkungen mobilisiert und als Redner auf Demonstrationen sehr klare Worte gefunden. Er ist Österreichs einziger Spitzenpolitiker, der sich wirklich für die Grundrechte hervortut.

EIN WAHRER LINKER

Kickl wuchs im sozialdemokratischen Arbeitermilieu einer Industriestadt in Kärnten auf. Er ist, anders als viele FPÖ-Kader, kein Burschenschafter, gilt als ausgezeichneter Analytiker, Stratege und Rhetoriker. Kickl hat den Begriff »Soziale Heimatpartei« als Markenzeichen der FPÖ erfunden, wurde innerparteilich oft als »Sozialist« bezeichnet und hat vor einigen Jahren gesagt, er habe »weltanschaulich viel mehr mit den Linken gemeinsam als mit irgendwelchen Turbokapitalisten«. Anders als Ex-FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache ist er wohl kaum anfällig für Korruption und ziemlich unempfindlich für den Druck des Establishments. Und anders als Hofer will er den *Mainstream*-Journalisten nicht gefallen.

NÄHE ZUR BEVÖLKERUNG

Kickls Teilnahme an den Demos für Freiheitsrechte erschreckte das *Establishment* zutiefst. Anfang Juni wurde er in einem *ORF*-Interview anklagend darauf angesprochen. Kickl antwortete, er werde weiter den Kontakt mit der Bevölkerung suchen, nicht mit dem Finger auf die Leute zeigen wie die *ORF*-Redakteurin, nicht unterscheiden zwischen den feinen Leuten im politischen *Establishment* und schmuddeligen Leuten auf den Demos. Vielmehr sei in der Verteidigung der Freiheitsrechte ein Schulterschluss mit der Bevölkerung notwendig. Die Gefährder der Demokratie säßen in der Bundesregierung.

Die Widerstandsbewegung gegen das Corona-Regime wird durch Kickl eine rhetorisch starke Stimme in der offiziellen Politik haben. Andererseits besteht die Gefahr, dass die Bewegung zunehmend mit der FPÖ identifiziert wird. Jedenfalls wird Kickl geschickt einen Keil zwischen traditionelle ÖVPler und die Karrieristen-Clique um Kurz treiben. Und er wird über soziale Forderungen die SPÖ in dieser Frage unter Druck setzen – und ihr womöglich sogar eine Zusammenarbeit auf der Grundlage der Linie der dänischen Sozialdemokratie anbieten.

In Migrationsfragen ist die Kickl-FPÖ sicher restriktiver als andere Parteien. In wirtschaftlichen und sozialen Fragen wird die FPÖ unter Kickl aber »linker« sein als je zuvor und als Anwältin der »kleinen Leute« auftreten.



Eric Angerer ist studierter Historiker und politischer Aktivist in Österreich.



VG HANNOVER UND OVG LÜNEBURG LASSEN DIE MASKEN (NICHT) FALLEN

KOLUMNE RECHTSSTAAT
von Markus Haintz

Bei der Demonstration in Hannover am 19. Juni herrschte Maskenpflicht. Die Eilanträge und Beschwerden hiergegen wurden trotz niedriger Inzidenz von 10 zurückgewiesen. Die »Begründungen« der Entscheidungen wurden unter anderem von Rechtsanwalt Ralf Ludwig, der die Verfahren vor dem Verwaltungsgericht (VG) Hannover und dem Oberverwaltungsgericht (OVG) Lüneburg geführt hat, heftig kritisiert.

MASKE SEI BEREITS ZUR GEWOHNHEIT GEWORDEN

Das VG nannte in seinem Beschluss knappe und nicht evidenzbasierte Argumente. Ohne hierfür nähere Grundlagen zu benenen, führte das VG aus, dass das Gesundheitsamt die Inzidenzlage im Blick habe und dass Hust- und Niesetiketten mit zunehmender Zahl von Teilnehmern nicht durchgehend sichergestellt werden könnten. Zur weiteren Begründung berief sich das VG anstelle von Studien oder Gutachten auf einen Artikel des *ZDF*, wonach nunmehr die »Delta-Variante« weiterhin erhebliche Grundrechtseingriffe rechtfertige. Ebenso besorgniserregend wie selbstentlarvend ist die Entscheidung insofern, als dass das Gericht ausführte, dass sich die Bevölkerung (auch die Kinder) inzwischen so sehr an den Ausnahmezustand gewöhnt hätten, dass die Auflage, eine Maske zu tragen, bereits zur Gewohnheit geworden sei. Mit weiteren wesentlichen und entscheidungserheblichen Tatsachen setzte sich das Gericht erst gar nicht auseinander, obwohl die mangelhafte Aussagekraft des PCR-Tests als auch das praktisch nicht vorhandene Infektionsrisiko im Freien inzwischen den *Mainstream* erreicht hat.

OVG LIEFERT FADENSCHEINIGE BEGRÜNDUNGEN

In der Entscheidung des OVG finden sich sodann auch klar vorgefasste (politische) Meinungen. Das OVG betonte zum Beispiel, dass auf einer »Querdenker-Demo« nicht davon auszugehen sei, dass die Teilnehmer geimpft wären, sodass auch der niedrige Inzidenzwert und die zunehmend höhere Impfquote nicht relevant seien. Dass es hierzu keine fundierten Studien gibt und nach aktuellen Erkenntnissen auch »geimpfte Personen« weiter ansteckend sein sollen, ignoriert das OVG. Es reicht dem OVG schlicht aus, dass sich (irgend)jemand mit Covid-19 anstecken könnte. Offenbar möchte es das neue und nunmehr offenbar höchste politische Staatsziel *Zero Covid* (deutsch: Null Covid) fördern, anstatt Recht zu sprechen. Das OVG verkennt hier seine Rolle und macht unzulässigerweise Politik.

Markus Haintz ist Rechtsanwalt und Journalist.

Netzwerk



Die Übersichtskarte (oben) zeigt die Anmeldungen von Aktivitäten von dezentralen und eigenverantwortlichen Gruppen der Demokratiebewegung. Siehe auch querdenken-711.de, BewegungLeipzig.de *und viele weitere. Demotermine (Ort, Zeit, Titel) eintragen via nichtohneuns.de!*

Anschwellendes Demogeschehen

Am 24. Juli in 180 Städten weltweit – in Deutschland in der kommenden neuen Hauptstadt Kassel in der geographischen Mitte unseres Landes. | Von Anselm Lenz

Schweden und 24 US-Bundesstaaten machen es vor: Das Leben geht ohne harte Corona-Maßnahmen weiter. Die Demokratiebewegung formiert sich weltweit gegen den Putsch von Konzernen und Regierungen. Die deutsche Demokratiebewegung freut sich auf den 24. Juli in Kassel und den 1. August 2021 in Berlin – und geht weiter in Richtung ihrer Verfassungsgebenden Versammlung.

Denn während in Stockholm die Universität, die Schulen, Kindergärten und Cafés ihren Betrieb fortsetzten, setzte in Deutschland die Regierung Merkel fanatisch dem Volk zu. Kleinkinder sollen inzwischen mit dem schädlichen Maskenzwang angegriffen werden. In Berlin lässt Bürgermeister Michael Müller noch im Juni 2021 Spielplätze abschotten. Im US-Bundesstaat Florida dagegen ist die Benachteiligung von Ungeimpften unter schwere Strafe gestellt, Masken sind praktisch abgeschafft.

An die Spitze der internationalen Widerstandsbewegung für Grundrechte und Demokratie haben sich seit einiger Zeit die Engländer gesetzt. In London demonstrieren an jedem Wochenende Hunderttausende in den Außenbezirken wie auch vor der BBC-Zentrale in der Stadtmitte. Der begründete Tenor: »Lügenpresse!«

Die größte Bewegung in vier Jahrtausenden bekannter europäischer Geschichte freut sich in Deutschland insbesondere auf den 24. Juli 2021, wenn in Kassel gemeinsam mit bislang bereits 179 anderen Städten gegen das Corona-Regime demonstriert werden wird. Für das Menschenrecht, für die Freiheit, für das Leben!

Der wöchentliche Demokalender in dieser Zeitung macht es deutlich: Im ganzen Land ist Bewegung, jeden Tag und überall. Es ist die Demokratiebewegung zur Erneuerung unserer Verfassung.

DEMOTERMINE DER VERFASSUNGSBEWEGUNG:

Online: nichtohneuns.de — Sendet uns die Termine Eurer Veranstaltung an: veranstaltung@demokratischerwiderstand.de

Datum / Zeit	Ort	Veranstaltung
26.06.2021 10:30-13 Uhr (jeden Sa)	Prien am Chiemsee, Parkplatz/Sportplatz / Bernauer Str	Schilderaktion Freiheitsallee
26.06.2021 10-13:30 Uhr	Bergisch Gladbach, Parkplatz Eissporthalle - Saaler Str.	Autokorso für Grundrechte
26.06.2021 13-15 Uhr (jeden Sa)	Baden-Baden, Blume-Brunnen (Lange Str. 2)	Kundgebung WIR müssen reden - Für Demokratie, Freiheit, Sicherheit
26.06.2021 12-15 Uhr	Remscheid, Parkplatz am H20 - Hackenberger Str.	Autokorso für Grundrechte
26.06.2021 14-15:30 Uhr (jeden Sa)	Hagen, vor dem Allerwelthaus	Mahnwache für Frieden und Freiheit
26.06.2021 14-16 Uhr (jeden Sa)	München, Theresienwiese (aktuelle Infos auf Telegram)	Autokorso
26.06.2021 13:45-16 Uhr (jeden Sa)	Hannover, Parkplatz Hochschule, Ritter-Brüning-Str.	Autokorso für Grundrechte
26.06.2021 13:15-16 Uhr	Hamburg, Oehleckerring	Autokorso für Grundrechte
26.06.2021 15:15-17 Uhr (jeden Sa)	Krumbach (Schwaben), Stadtpark	Spaziergang
26.06.2021 15-17 Uhr (jeden Sa)	Amstetten, Hauptplatz	Spaziergang
26.06.2021 14-17 Uhr (jeden Sa)	Fulda, Universitätsplatz	Demo für Frieden, Freiheit, Eigenverantwortung, Selbstbestimmung
26.06.2021 15-17 Uhr (jeden Sa)	Bochum, Dr.-Ruer-Platz	Kundgebung und Aufzug
26.06.2021 14-17 Uhr	Schwäbisch Gmünd, Schießtal	Kundgebung und Demozug zum Schutz der Kinder
26.06.2021 15-18 Uhr (jeden Sa)	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft für Menschlichkeit, Frieden & Naturrechte
26.06.2021 17-19 Uhr (jeden Sa)	Kirchdorf a.d. Krems, Rathausplatz	Spaziergang
26.06.2021 16:30-19 Uhr	München, Münchner Freiheit	UlliOma & Friends (Achtung, anderer Ort)
26.06.2021 18-19:30 Uhr (jeden Sa)	Reutlingen, Marktplatz	Lichterspaziergang für Frieden, Freiheit, Wahrheit und Demokratie
26.06.2021 18-20 Uhr	Bad Endorf, Kirchplatz	Die Basis - Kreisverband Rosenheim stellt sich vor
26.06.2021 19-21 Uhr (jeden 2. Sa)	Rheinstetten, Rappenwörthstr. 49	Abendspaziergang
26.06.2021 13-23:59 Uhr	Wien, Maria-Theresien-Platz	Demo - Wehret den Anfängen!
27.06.2021 12:30-15 Uhr (jeden So)	Düsseldorf, Parkplatz P1 Messe (Lotzweg)	Autokorso für Grundrechte
27.06.2021 14-16 Uhr (jeden So)	Salzburg, Mozartplatz	Spaziergang
27.06.2021 14-16 Uhr	Bischofferode, Hauptstrasse – Unterhalb Kirche	Schweigemarsch
27.06.2021 14:30-16:30 Uhr jed.2. So)	Illertissen, Marktplatz	Demo für Demokratie und Selbstbestimmung
27.06.2021 14:30-17 Uhr (jeden So)	Köln, Heumarkt	Mahnwache für Grundrechte
27.06.2021 14:30-17 Uhr (jeden So)	Cottbus, Viehmarkt	Autokorso für Grundrechte
27.06.2021 15:30-17:30 Uhr (jeden So)	Olching, Volksfestplatz (Toni-März-Str. 1)	Kundgebung für Grundrechte
28.06.2021 13-13:30 Uhr (jeden Mo)	Neu-Ulm, Kantstraße 8	Demo für Demokratie und Selbstbestimmung
28.06.2021 11-14 Uhr (jeden Mo)	Berlin, Nordufer 20	Mahnwache vor dem RKI
28.06.2021 17-19 Uhr (jeden 2. Mo)	Eberswalde, Marktplatz	Montagsdemo Eberswalde
28.06.2021 18-19:30 Uhr (jeden Mo)	Zwickau, Hauptmarkt	Montagsdemo - Wir müssen reden!
28.06.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Klagenfurt, Neuer Platz	Lichtermarsch
28.06.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Königs Wusterhausen, Schloßplatz/Gerichtsstr.	Demokratieflashmob
28.06.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Osnabrück, Rathaus	Montagsdemo
28.06.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Berlin, Kaiserdamm, 52.51015 N, 13.29145 E	Abendläuten
28.06.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Balingen, Parkplatz Sparkassen-Arena B27/B463	Autokorso für Grundrechte
28.06.2021 19-20 Uhr (jeden Mo)	Hainichen, Marktplatz	Mut-Mach-Kundgebung
28.06.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	München, Marienplatz	Magic Monday MediTANZion
28.06.2021 19-20:30 Uhr (jeden Mo)	Stralsund, Alter Markt	Informationsaustauch & Spaziergang
28.06.2021 19-20:30 Uhr (jeden Mo)	Konstanz, Konstanzer Münster (Münsterpl. 1)	Montagsspaziergang
28.06.2021 19-21 Uhr (jeden Mo)	Weimar, Theaterplatz	Montagsspaziergang
28.06.2021 19-21 Uhr (jeden Mo)	Neubrandenburg, Marktplatz	Montagsspaziergang
28.06.2021 19-21 Uhr (jeden Mo)	Cottbus, Oberkirche	Lichterspaziergang für Frieden, Freiheit, Souveränität
28.06.2021 19-21 Uhr (jeden Mo)	Erfurt, Rathaus - Fischmarkt 1	Spaziergang für Grundrechte
28.06.2021 19-21 Uhr (jeden Mo)	Prien am Chiemsee, Rathaus - Bernauer Str.	Montagsspaziergang zur gegenseitigen Vernetzung
29.06.2021 11-13 Uhr (jeden Di)	Günzburg, Wätteplatz	Demo gegen Coronamaßnahmen und Impfpflicht
29.06.2021 18:30-19:30 Uhr (jeden Di)	Schwäbisch Gmünd, Marktplatz	Mahnwache
29.06.2021 17:30-21 Uhr (jeden Di)	Freiburg im Breisgau, Parkplatz des neuen SC-Stadions	Autokorso für Grundrechte
29.06.2021 18-21 Uhr (jeden Di)	Dortmund, Parkplatz E2 Reymdamm	Autokorso für Grundrechte
30.06.2021 13-16 Uhr (jeden Mi)	Berlin, Potsdamer Pl. Ecke Ebertstr.	Mahnwache "Im Namen der Kunst"
30.06.2021 18-20 Uhr (jeden Mi)	Hanau, Marktplatz	Mahnwache für Grundrechte
30.06.2021 19-20 Uhr (jeden Mi)	Königsbrunn, Marktplatz am Rathaus	Kundgebung für Grundrechte
30.06.2021 19-21 Uhr (jeden Mi)	Rosenheim, Ichikawa-Platz - Schönfeldstr. 19	Mahnwache für Grundrechte und ein Ende des Lockdowns
01.07.2021 16-18 Uhr (jeden Do)	Berlin, Ecke Wilmersdorfer Str./Goethestr.	Bürgerinitiative Nachbarschaftsdialog Charlottenburg
01.07.2021 18-19 Uhr (jeden Do)	Poing, Marktplatz/direkt am S-Bhf	Versammlung für Wahrheit, Frieden, Freiheit und Toleranz
01.07.2021 18-19:30 Uhr (jeden Do)	Murrhardt, Marktplatz vor dem Rathaus	Mahnwache
01.07.2021 18-20 Uhr (jeden Do)	Burgau, Rathaus	Demo gegen Coronamaßnahmen und Impfpflicht
01.07.2021 18:30-20 Uhr (jeden Do)	Hanau, Rochusplatz	Mahnwache für Grundrechte
01.07.2021 18-21 Uhr (jeden Do)	Hagen, Am Sportpark 34	Autokorso für Grundrechte
02.07.2021 16:30-18 Uhr (jeden Fr)	Kassel, Parkplatz Messehalle P1 Süd	Fahrrad- u. Autokorso für Grundrechte
02.07.2021 15:30-18:15 Uhr (jeden Fr)	Bargteheide, Markt/Stadtpark	Mahnwache für Frieden & Dialog
02.07.2021 17-19 Uhr (jeden Fr)	Linz, Hauptplatz	Fest für die Freiheit
02.07.2021 17-19 Uhr (jeden Fr)	München, Karlsplatz (oder: siehe online)	Open Mic - Demokratie leben
02.07.2021 17:30-19:30 Uhr (jeden Fr)	Berlin, Ort siehe Online	Autokorso Berlin Ost
02.07.2021 18-20 Uhr (jeden 2. Fr)	Balingen, Marktplatz / Stadtkirche	Frühlingserwachen für Freiheit u. Demokratie
02.07.2021 18-20 Uhr (jeden 2. Fr)	Weißenhorn, Rathausplatz	Demo für Demokratie und Selbstbestimmung
03.07.2021 14-15:30 Uhr (jed.1. So Monat)	München, Professor-Huber-Platz (gegenüber Uni)	Mahnwache zum 50. Geburtstag von Julian Assange
03.07.2021 15-18 Uhr	Gelnhausen, Müllerwiese	Versammlung - Selbstbestimmt in eine neue Zukunft
03.07.2021 16:30-19 Uhr (jeden Sa)	München, Harras	UlliOma & Friends
03.07.2021 13-20 Uhr	Bochum, Kirmesplatz Gersteinring 52	Großdemo - Grundrechte total
04.07.2021 14-16 Uhr	Vaals, Viergrenzenweg	Gemeinsame Wanderung für den Austausch "zu Corona"
24.07.2021 10 - 30.07.2021 18 Uhr	Stuttgart, Ort siehe Online	Bustour nach Berlin (8 Busse)
26.07.2021 18-20 Uhr	Oranienburg, Schloßplatz	Podiumsdiskussion, 4. Gewalt. Wie unabhängig Journalismus ist
01.08.2021 11:30-20:30 Uhr	Berlin, Straße des 17. Juni	Großdemo - Das Jahr der Freiheit und des Friedens
29.08.2021 12-23:59 Uhr	Berlin, Straße des 17. Juni	Großdemo

Aktuelle Informationen: https://nichtohneuns.de + NEWSLETTER ABONNIEREN

ZWÖNITZER KOMMUNE MACHT SCHULE

Sächsische Demokraten erarbeiten unmittelbar rechtskräftige Strukturen. | Von Hendrik Sodenkamp

An dieser Stelle stand in der vergangenen Ausgabe ein Interview mit Ingo Reimann. Dieser arbeitet an einer basisdemokratischen Gemeindeversammlung im sächsischen Zwönitz. Ein großer Teil der sächsischen Demokratiebewegung möchte nun diesem Beispiel folgen und sich auf die Einführung von Gemeindeversammlungen in weiteren Orten konzentrieren.

Dabei sind auch die Organisatoren der großen Demonstration in Leipzig vom 7. November 2020 Bewegung Leipzig und Querdenken-341. Die Menschen sollen in ihren Gemeinden selbst bestimmen können, was politisch geschieht und wie sie leben wollen. Kein autoritärer Kommandostaat, sondern demokratische Aushandlung ist hier die Devise.

Dabei können sich die Initiativen auf das Grundgesetz berufen. Dort heißt es in Artikel 28 in Absatz 1 und 2: »In Gemeinden kann an die Stelle einer gewählten Körperschaft die Gemeindeversammlung treten« und »den Gemeinden muss das Recht gewährleistet sein, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln.« Damit eine solche Gemeindeversammlung eingesetzt werden kann, bedarf es der Zustimmung der Bürger vor Ort.



Leipzig am 7.11.2020. Die Sachsen organisieren nun Gemeindeversammlungen. *Foto: evafoto*

FÜR BASISDEMOKRATISCHE DEBATTEN

»In den meisten Bundesländern gibt es für Menschen die Möglichkeit, den Bürgermeister zu veranlassen, eine sogenannte Einwohnerversammlung zu einem bestimmten Thema einzuberufen«, berichtet Nils Wehner von *Bewegung Leipzig* und Querdenken-341. Die genauen Regelungen hierzu seien in den jeweiligen Gemeindeordnungen der Bundesländer zu finden. »In der Einladung zu dieser Einwohnerversammlung, welche auf dem Postweg an alle Bürger der Gemeinde gesendet wird, muss angekündigt werden, worüber entschieden wird: Soll eine Gemeindeversammlung nach Artikel 28 des Grundgesetzes gegründet werden, oder nicht?« Sollte der Bürgermeister sich rechtswidrig weigern, könnten die Menschen auch selbst die Haushalte im Ort per Brief einladen.

Die Bürger, die dann zur Einwohnerversammlung erscheinen, entscheiden über Bildung einer Gemeindeversammlung mehrheitlich und rechtsgültig. »Vorausgesetzt, der Vorgang, die Versammlung und die Abstimmung werden juristisch oder notariell festgehalten«, so Wehner. Auch Bürgerinnen und Bürger, die autoritäre Impulse und Vorstellungen jenseits des demokratischen Spektrums hegen und beispielsweise CDU oder die Bündnisgrünen bevorzugen, werden dann in der Gemeindeversammlung zu Wort kommen und abstimmen können.

So soll innerhalb der Gemeinden eine basisdemokratische Debattenkultur Einzug halten, welche neben einem grundlegenden Respekt zueinander auch konkrete politische Wirkung nach sich zieht. Denn die Abstimmungen sind rechtskräftig.

VORERST KEINE MACHTÜBERNAHME

Dabei geht es den sächsischen Basisdemokraten nicht darum, die gewählten Repräsentanten zu entmachten, was durchaus im Rahmen des rechtlich Vorgesehenen liegt. Vielmehr sei »Eigenverantwortung zur Unterstützung der Politik« das Bestreben.

Als Etappenziel nennt Nils Wehner die Etablierung von Gemeindeversammlungen in kleineren Ortschaften, wo positive Beispiele geschaffen werden können. Diese werden dann perspektivisch auch in größeren Kommunen übernommen. Nicht nur in Sachsen ist die kommunale Selbstverwaltung möglich.

Für Nachfragen stellt sich die Bewegung Leipzig zur Verfügung:
bewegungleipzig@gmx.de

Ostseeinsel, Mittsommer und Wikinger

Der rasende Reporter Clark Kent über das finale Adieu vom PCR-Test und die Abreise vom DW-Gipfel 2021.



Auf der anderen Seite liegt das freiere Schweden, doch wir bleiben hier. Arrangement am Strelasund. *Foto: Steve Schramm*

»PCR-Tests helfen nicht im Kampf gegen die Pandemie« – zu diesem nicht ganz so überraschenden Ergebnis kamen jetzt auch Forscher der Universität Duisburg/Essen.

Das verlautbarten die Wissenschaftler, nachdem sie etwa 190.000 Tests ausgewertet hatten. Das Problem bestehe darin, dass bei einem PCR-Test nicht ermittelt werden könne, ob die getestete Person auch wirklich infiziert sei. Diese Meldung kam am 21. Juni von RTL News. Ob man durch diese »sensationelle« Nachricht auch zur Vernunft kommen wird? Für uns ist das allerdings keine neue Erkenntnis. Nach einer Woche mit der DW-Redaktion auf Rügen sehnte ich mich nach einer kreativen Ruhepause, um all die positiven Eindrücke und tiefsinnigen Gespräche verarbeiten zu können.

Der absolute Höhepunkt war der Freitagabend gewesen, zu der auch zahlreiche interessante Persönlichkeiten und Künstler eingetroffen waren, um dort – gewissermaßen – in unserem Wohnzimmer aufzutreten. Am nächsten Tag ging es dann von Rügen nach Stralsund. Dort startete die Partei DieBasis eine Veranstaltung mit circa 100 Teilnehmern. Live zugeschaltet waren unter anderem Wolfgang Wodarg und Rainer Fuellmich.

Natürlich wurden die Teilnehmer wieder genötigt, Abstand zueinander zu halten und eine Maske zu tragen – anders als die Passanten, die gleich nebenan im Hafen standen, ohne irgendwelchen Abstandsregeln Folge leisten zu müssen. Der Stralsunder Polizei sei hiermit empfohlen, öfter mal *RTL News* zu gucken, um zu verstehen, weshalb die Menschen auf die Straße gehen.

Etwa 500 Meter weiter, auf einer weiteren Demonstration mit rund 100 Menschen, versuchte die Polizei Personen, die nicht auf dem Veranstaltungsgelände standen, als Teilnehmer zu deklarieren. Dabei wurde lebhaft mit den Ordnungshütern darüber diskutiert, welchen Abstand man zum Veranstaltungsort einhalten müsse, um nicht als Teilnehmer einer Demonstration zu gelten. Schlussendlich wurde eine Distanz von fünf Metern ausgehandelt.

Ich erlebte – wie immer – eine sehr friedliche Demo. Die Lage am Ufer erlaubte zudem einen traumhaften Blick auf die Meerenge zwischen der Insel Rügen und dem Festland. Vom Strelasund ging die Reise dann weiter nach Schleswig-Holstein. Hier wurde die Mittsommernacht im Rahmen eines Mittelalterfestes mit 4.000 »Wikingern« gefeiert. Und ja, man versprach: »Wir kommen alle!«



»Für mich eine sehr beschämende Position«

Der Arzt Rolf Kron über politische Verfolgung und mediale Rufmordkampagnen. | Von Hannes Henkelmann

In Berlin traf ich den Arzt Rolf Kron, dem jüngst ein Berufsverbot erteilt wurde, weil er Atteste zur Befreiung von der Maskenpflicht ausgestellt hatte. Wir sprachen darüber, was es bedeutet, in diesen Zeiten ein kritischer Arzt im Widerstand zu sein.

DW: Stellen Sie sich doch bitte kurz vor!

Rolf Kron: Mein Name ist Rolf Kron Ich bin seit 1996 als praktischer Arzt und Homöopath in Kaufering in Bayern niedergelassen. Bis vor Kurzem unterlag ich einem vorläufigen Berufsverbot, das durch die hiesige Staatsanwaltschaft verhängt worden war. Dieser hat es anscheinend sehr missfallen, dass ich für kranke Menschen, oder solche, die gesundheitliche Beschwerden durch das Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung entwickelt hatten, Atteste ausgestellt habe.

Welche Beschwerden hatten die Patienten, denen sie ein Attest ausstellten?

Sie hatten sehr breit gefächerte Beschwerden, angefangen von Kopfschmerzen, Übelkeit, Schwindel, Konzentrationsbeschwerden, bis hin zu Maskendermatitis; das sind Hautveränderungen, die durch das Tragen von Mund-Nasen-Bedeckungen und Atemschutzmasken verursacht werden können. Auch litten die Patienten unter Ohnmachtsanfällen, Panikattacken, Albträumen und Depressionen.

Welche Folgen hatte das Ausstellen von Attesten für Sie?

Das hat sich immer weiter zugespitzt. Anfangs glichen die Atteste eher einer pauschalen Warnung vor dem Tragen einer Maske, da dies zu gesundheitlichen Beschwerden führen könne und deshalb aus medizinischer Sicht nicht anzuraten sei. Dadurch, dass die Regierung die Maske sukzessive mit Zwang und hohen Strafen einführte und immer höhere Ansprüche an die Atteste stellte, wurden die Repressalien zeitgleich auch verschärft. Somit gerieten Ärzte, die Menschen mit gesundheitlichen Beschwerden helfen wollten, immer mehr in den Fokus der Exekutive.



»Der Ärztetag macht sich zum Handlanger der Pharmaindustrie. Diese Impfung ist ein genetisches Experiment, das jeglicher medizinischer Vernunft entbehrt«, so Rolf Kron im Gespräch.
Foto: Hannes Henkelmann.

Ich selbst bekam am 13. Januar 2021 ungewollten Besuch von der Polizei. Um sechs Uhr morgens trommelten etwa 30 Polizisten laut gegen meine Haustür und durchsuchten dann zwei Stunden lang meine Praxis, mein Privathaus, den Seminarraum und die Garage. Sogar in der Scheune versuchten sie »Beweismaterial« sicherzustellen. Sie beschlagnahmten unter anderem meine Praxis-Computer, meine Handys und meine Festplatten.

Den guten Ruf, den ich bis dato als Arzt genoss, vernichteten anschließend die Medien durch eine Reihe von diffamierenden Artikeln. Dabei habe ich doch nur meinen Job gemacht und Menschen gegen politische Interessen geschützt, so wie es das Genfer Gelöbnis vorschreibt.

Warum hat die Staatsanwaltschaft sofort ein komplettes Berufsverbot ausgesprochen und nicht einfach verboten, Atteste auszustellen?

Sie wollte wohl ein Exempel statuieren, nach dem Motto: »Bestrafe einen, erziehe hundert«. Übrigens sind auch alle meine Konten mit horrenden Pfändungssummen gesperrt worden, sodass ich keinerlei Lastschriften und Daueraufträge mehr durchführen kann. So bin ich quasi meiner Existenzgrundlage beraubt worden. Es ist klar ersichtlich, welches Ziel die Staatsanwaltschaft verfolgt: meine wirtschaftliche und mediale Vernichtung.

Wie kommen Sie momentan zurecht?

Ich lebe im Moment tatsächlich von den Spendengeldern des Ärztehilfswerks »Weißer Kranich«, welches von Ärzte stehen auf (www.aerzte-stehen-auf.de) gegründet wurde. Da meine Familie und ich auch nicht mehr an unser Bankschließfach dürfen, um unsere Ersparnisse zu nutzen, sind wir in einer für mich sehr beschämenden Position. Zum Glück wurde nun mein Berufsverbot, das ohne Anhörung oder Gerichtsverfahren verhängt worden war, vom Landgericht wieder aufgehoben.

Nun kann der Versuch, Sie mundtot zu machen, als gescheitert betrachten werden, denn Sie sind ausgesprochen aktiv im Widerstand, und das bundesweit. In Kassel, Weimar, auch an Pfingsten in Berlin…

Berlin hat wieder einmal deutlich gezeigt, dass Kritik an den Regierungsmaßnahmen nicht erwünscht ist, und dass uns alle Grundrechte, inklusive des Demonstrationsrechts, genommen worden sind. Am Pfingstwochenende in Berlin wurden nahezu alle Veranstaltungen verboten. Viele Busse, die aus allen Ecken der Republik gekommen waren, wurden mit einem Platzverweis für Berlin wieder heimgeschickt. Angeblich sorgten mehr als 3.000 Polizisten für »Recht und Ordnung«. De facto hinderten sie aber die Menschen daran, ihr Recht auf Widerstand, das im Artikel 20 des Grundgesetzes festgeschrieben ist, wahrzunehmen.

Der Deutsche Ärztetag hat empfohlen, die Impfpflicht für Kinder und Jugendliche einzuführen. Was sagen Sie dazu?

Mit dieser Empfehlung macht sich der Ärztetag zum Handlanger der Pharmaindustrie. Diese Impfung ist ein genetisches Experiment, das jeglicher medizinischer Vernunft entbehrt. Die Medien berichten nur am Rande über die zahlreichen schweren Verläufe und Todesfälle nach der Impfung — die Mehrheit der Bevölkerung wird über die tatsächlichen Risiken in Unkenntnis gelassen. Ich kann nur hoffen, dass Eltern ihre Kinder für sowas nicht hergeben. Wir arbeiten jedenfalls mit Hochdruck an der Impfaufklärung, zum Beispiel über den Levana-Verbund, der Elternstammtische organisiert.

Briefe an die Redaktion

BLINDE MEDIZINER

Eure Zeitung hilft, die Informationen, die in den Leitmedien nicht zu finden sind, einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Als schwarzes Schaf in eine Ärztefamilie hineingeboren, musste ich am Anfang der Pandemie feststellen, dass die ganzen Mediziner im Umfeld auf einmal wesentliches Basiswissen über das Leben scheinbar auf einmal verloren hatten. Alle angstbesetzt – puh! Oder ideologisiert? Ich brauche eure Zeitung für die harten Fälle, denen ich Erkenntnis wünsche. – B.

TRÄUME ALS BOTSCHAFTER

Ich bin Schriftsteller und Philosoph und beschäftige mich schon lebenslang mit unseren Träumen. Wie viele andere hat mich, was seit über einem Jahr in unserem Land geschieht, sprachlos gemacht. Ich brauchte eine Weile, bis ich wieder Worte fand. Es geschah über meine Träume, die zu Beginn des *Lockdowns* plötzlich ausblieben, aber im Verlauf der Monate wiederkehrten und zu Botschaftern wurden, die mich mit ihren verblüffenden Bildern bei dem Unfassbaren, das gerade geschieht, nun begleiten. Für mich geht es weniger darum, Träume zu interpretieren, als die Kraft zu verspüren, die sie uns geben. Träumen heißt Erwachen zum eigenen Leben. Steh auf, durchschreite die Düsternis des verordneten Schafs. Nimm dein Bett und wandle! – Volker E.

ANREGUNG

Ich wünsche mir, dass die rasant vorangetriebene Digitalisierung und der 5G-Ausbau thematisiert wird. 2019 wuchs die Protestbewegung gegen die 5G-Technik, es gab zahlreiche Informationsveranstaltungen und Demos und etliche Städte beschlossen einen Ausbaustopp der Mobilfunknetze. Dann kam 2020 die Corona-»Pandemie« und ein Großteil der Bevölkerung nahm hin, dass der Mobilfunk-Ausbau als »alternativlos« verkauft wurde, ja sogar als segensbringend, weil die neue Technik »fortschrittlicher« und »schneller« sei. Dabei sollen damit im Endeffekt nur hohe Profite erzielt und eine massive Überwachung ermöglicht werden. – Ulrike Z.

DANKE

Eure Jahreschronik ist wunderbar, war ich doch selbst auf den großen Demos für Frieden, Freiheit und Demokratie. Vielen Dank dafür, dass es euch gibt, die für ein freies, souveränes, selbstbestimmtes Deutschland kämpfen – in Freundschaft mit Russland – Tassilo R.

Mit Wucht ins Nirwana katapultiert

Ein Rating-Report sagt für 2022 das große Krankenhaussterben voraus | Von Hermann Ploppa

Das große Kliniksterben ist schon seit vielen Jahren im Gange. Allein im Jahr 2019 befanden sich dreizehn Prozent aller deutschen Krankenhäuser im »roten Bereich«, das heißt: Sie arbeiteten mit Verlusten und ihnen drohte die Insolvenz, wenn nicht noch ein Wunder geschähe. Das Wunder kam dann im Jahre 2020 und trägt den Namen »Corona«.

Denn, wie an dieser Stelle schon öfter ausführlich erörtert, die Solidargemeinschaft der gesetzlichen Krankenkassen und der Steuerzahler zahlte an die notleidenden Krankenhäuser insgesamt 10,2 Milliarden Euro nur dafür, dass sie Betten für Corona-Kranke freihielten. Bekanntlich blieben die Corona-Patienten dann aber doch aus. Die zehn Milliarden Euro halfen sodann, den somatischen Kliniken eine Gewinnsteigerung um 3,7 Prozent für pures Nichtstun zu spendieren. Psychiatrische Kliniken strichen sogar 10,6 Prozent mehr Gewinn ein als im Vorjahr. Insgesamt konnten 73 Prozent aller Kliniken in Deutschland durch den Geldsegen aus dem Hause Spahn im Jahr 2020 Gewinne einfahren. Dazu resümiert Experte Boris Augurzky: »Hier wurde in der Krise praktisch ein neues Vergütungssystem eingeführt.« Ohne diese ungewöhnliche Subvention »hätte manche Klinik womöglich die Gehälter nicht mehr zahlen können.«

Boris Augurzky ist einer der Autoren des »Krankenhaus Rating Report 2021 – Mit Wucht in die Zukunft katapultiert«. Das ist ein jährlich erscheinender Bericht, der vom RWI-Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung zusammen mit dem in Chicago ansässigen *Healthcare Information and Management Systems Society* (HIMMS) herausgegeben wird. Es sollten eigentlich sämtliche Alarmglocken schrillen. Denn die Berichterstatter sagen voraus, dass bis zum Jahr 2030 etwa 300 Krankenhäuser »vom Markt verschwinden« werden. Dann werden sich 26 Prozent aller Krankenhäuser im »roten Bereich« befinden – auf Deutsch: kurz vor der Pleite stehen. Und weitere 34 Prozent werden auf jeden Fall Verluste schreiben.

DIE GROSSEN ÜBERLEBEN, DIE KLEINEN GEHEN PLEITE

Das Risiko verteilt sich allerdings im Einzelnen. Große Kliniken mit Bettenzahlen zwischen 600 und 900 werden weiterhin prosperieren. Privaten Spezialkliniken wird es ebenfalls wunderbar ergehen. Auf der Strecke bleiben kleine Krankenhäuser in öffentlicher Hand, die aufgrund ihres Versorgungsauftrags das gesamte Spektrum der gesundheitlichen Dienstleistungen abdecken müssen.

Das alles mutet reichlich paradox an. Denn unsere Gesellschaft altert immer noch weiter. Und auch die Ansprüche an die Gesundheitsversorgung nehmen weiter zu. Logisch wäre also eigentlich ein stetiger Ausbau der Krankenhauskapazitäten. Es ist allerdings nicht zu verkennen, dass das Krankenhaussterben politisch gewollt ist.

TÖDLICHE WIRTSCHAFTS-TRIAGE

Es ist allgemein bekannt, dass die Aufnahme in stationäre Behandlung für sich genommen schon eine Abschreckung darstellt. Stundenlange Aufnahmeprozeduren, die an Langsamkeit und Ineffizienz kaum noch zu übertreffen sind. Während im Jahre 2005 immerhin 59,7 Prozent aller Aufnahmesuchenden in die Klinik eingewiesen wurden, sind es 2019 gerade noch 46,2 Prozent. Die Verweildauer in Krankenhäusern ist in den letzten Jahrzehnten drastisch zurückgegangen. So mancher zu früh entlassene Patient ist nach seinem Rausschmiss zu Hause verstorben.

Auf solche eher unerfreulichen Aspekte des Kapazitätenabbaus geht der Report jedoch nicht ein. Er empfiehlt stattdessen, den Niedergang der Krankenhäuser in der Fläche für grundlegende Strukturveränderungen zu nutzen. Sie ahnen es schon: Die implodierenden Landkrankenhäuser sollen in ein Netzwerksystem abgestufter, vornehmlich privat-profitwirtschaftlicher Einrichtungen eingebunden werden. Vorstellbar sind Medizinische Versorgungszentren, Fahrdienste, die Patienten in entfernte Krankenhausfabriken transportieren. Und vor allen Dingen: Telemedizin.

DIGITALISIERTE GESUNDHEITSVERSORGUNG

Sprechstunden über *Skype*- oder *Zoom*-Konferenzen mit Ihrem Arzt. Ambulante Versorgungszentren. Die »Ambulantisierung« ist dann das Zauberwort. An die Stelle von Ärzten treten »dezentrale Kümmerer« – oder neudeutsch: *Case Manager* –, die speziell für ihren Fall die richtige Maßnahmenpalette konfektionieren. Und dabei heißt die zukünftige Reihenfolge der Maßnahmen: »Digital vor ambulant vor stationär«. Und für das Gelingen dieses Vorhabens ist die elektronische Patientenakte unerlässlich.

Die Befunde und die hier vorgetragenen Problemlösungen des Krankenhaus-Rating-Reports werden von der einschlägigen Presse unkommentiert an die breite Masse weitergereicht. Es geht bei dem Report eindeutig um die Steigerung der Profitabilität des Gesundheitswesens. »*Rating*« meint immer die Einschätzung der Rentabilität. Das Leibniz-Institut wird zwar je zur Hälfte vom Bund und von den Ländern finanziert, gilt allerdings als »wirtschaftsnah«. Und dem HIMMS-Institut geht es unverkennbar darum, über eine Umkremplung des Gesundheitswesens mehr Aufträge für die Informationstechnologie zu akquirieren.

POLITISCH GEWOLLTER NIEDERGANG

Der Report-Autor Augurzky ist zudem Berater von Gesundheitsminister Jens Spahn. Der Niedergang der öffentlichen Krankenhäuser mit universalem Versorgungsauftrag ist politisch gewollt und soll profitorientierte Spezialkliniken bevorzugen. Und die effektivste Waffe gegen die öffentlichen Krankenhäuser in der Fläche ist immer noch die Einführung der sogenannten Fallpauschale. Die Krankenhäuser bekommen nur noch einen starren Betrag für bestimmte Behandlungen. Wenn sie mit dem Geld nicht hinkommen, haben sie Pech gehabt und schreiben rote Zahlen.

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass sich gerade in der Wende von 2019 auf 2020 eine breite Koalition von Medizinern und Gesundheitsarbeitern zusammengefunden hatte, um die Fallpauschale politisch zu bekämpfen. Die Vorsitzende der Ärztevereinigung Marburger Bund, Susanne Johna, geißelte die Fallpauschale als »ruinösen Verdrängungswettbewerb« der Krankenhäuser. Ein breites Bündnis fand sich zusammen unter dem Namen »Krankenhaus statt Fabrik«.

Der Hype um Corona brachte dieses Bündnis zum Verstummen. Unter dem Vorwand, eine gefährliche, Pest-gleiche Seuche zu bekämpfen, wird nun die Agenda der Krankenhausvernichtung und der gnadenlosen Digitalisierung härter als jemals zuvor im Schockverfahren durchgedrückt.



Hermann Ploppa ist Buchautor und Chef des Wirtschaftsressorts dieser Zeitung.



Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) zerstört die Krankenhauslandschaft. Collage: Jill Sandjaja.

Wir gründen eine Denkfabrik

Drehen wir den Spieß um. Entwickeln wir die Visionen und Strategien für eine menschliche Zukunft. | Von Hermann Ploppa

Da hat im Jahre 2003 die langjährige Geschäftsführerin der hochvornehmen Atlantikbrücke, Beate Lindemann, in einer Zeitung offenherzig verkündet: »Man kann mehr erreichen, wenn man nicht in der Öffentlichkeit arbeitet.«

Lindemann meinte damit: Die mächtigen und einflussreichen Kreise in unserem Land treffen sich diskret. Sie lassen sich von klugen Köpfen erklären, wie die Welt funktioniert. Wie man sie für die Reichen und Schönen noch besser auf Stromlinie bringen kann. Wie man die Medien bearbeitet, damit diese schönen Pläne sich umsetzen lassen, ohne dass das Volk dagegen rebelliert. Und man bildet Nachwuchspolitiker aus, die dann die Pläne der Schönen und Reichen in konkrete Politik umsetzen.

Egal, aus welcher Partei die Politiker auch kommen: Sie alle setzen die Pläne ihrer Gönner um. Das Volk schaut auf die Politiker und denkt dabei: »Politiker machen die Politik«. So sind wir über Jahrzehnte erfolgreich getäuscht worden. Spätestens seit dem Corona-Schock wissen jetzt aber millionen Menschen, wie die Politik wirklich funktioniert. Diskrete Gruppen wie Atlantikbrücke, *Council on Foreign Relations, World Economic Forum* oder *Mont-Pèlerin-Gesellschaft* bestimmen die Grundzüge der Politik. Politiker setzen die Vorgaben nur um. Sie sind nur die Kellner. Gekocht und gebraut wird woanders. Daraus sollten wir endlich einmal die Konsequenzen ziehen. Nein, wir wollen jetzt nicht selbst halbgeheime Eliteorganisationen gründen. Stattdessen wollen wir die gewaltige Schwarmintelligenz, die sich in den letzten fünfzehn Monaten so eindrucksvoll überall offenbart hat, zusammenbringen.

WIR DURCHSCHAUEN DIE TÄUSCHUNG

Wir gründen eine eigene Akademie. Dafür werden wir ein passendes Haus suchen. Bis das so weit ist, werden wir Seminare und Kolloquien an verschiedenen Orten abhalten. Im ersten Schritt werden wir genau untersuchen, wie die Schönen und die Reichen es immer wieder schaffen, wichtige Richtungsentscheidungen gegen unseren erklärten Willen durchzudrücken. Wie schaffen es diese Leute immer wieder aufs Neue, uns mit Schock-Manövern auf den Rücken zu werfen, zu lähmen und zu spalten? Es ist schon viel gesagt und erkannt worden zu diesem Thema. Das muss gebündelt und systematisiert werden. Dabei soll es aber nicht bleiben.

WIR VERNETZEN UNS UND WERDEN AUTARK

Aus der Reaktion auf die Gegenseite soll eigene Aktion entstehen. Welche Strategien und Paradigmen entwickeln wir, um das Heft des Handelns zu übernehmen? Es gibt unendlich viele gute Ansätze und Ideen für eine bessere Welt von morgen. Das Problem: Überall an allen Ecken und Enden dieser Republik arbeiten Menschen an diesem Thema, aber die Menschen sind oft isoliert und wissen nicht, dass woanders auch gute Leute an guten Ideen arbeiten. Das muss zusammengeführt werden. Wenn eine Gemeinde ihre Energie selbst erzeugt und sich damit unabhängig macht von den großen Energiekonzernen, dann muss es ein Netzwerk geben, dass das *Know-how* dieser Gemeinde sammelt und für andere Gemeinden nutzbar macht. Denn das Rad muss nicht ständig neu erfunden werden.

WIR TRANSFORMIEREN DIE GESELLSCHAFT VON UNTEN

Wissenschaftler, Handwerker, Medienleute und unbestechliche Politiker machen neue Ideen für die Gesellschaft von unten durchsetzbar. Das hat schon einmal funktioniert. Im neunzehnten Jahrhundert hat eine Koalition aus Arbeiter bewegung, Bildungsbürgertum und christlicher Soziallehre in den deutschsprachigen Ländern Genossenschaften und Bildungsvereine aus dem Boden gestampft und damit die Lebensqualität aller Menschen deutlich verbessert. Vieles von diesem gigantischen Werk steht uns immer noch zur Verfügung. Wenn wir das begreifen, dann können wir uns viel wirkungsvoller gegen die Übergriffigkeiten der marktradikalen Seilschaften schützen, die uns zu bewusstlosen Sklaven einer zutiefst menschenverachtenden, autoritären neuen Weltordnung degradieren wollen.

Es steht viel auf dem Spiel. Wir können nur gewinnen, wenn wir das Gesetz des Handelns selbst bestimmen. Die Gründung einer Denkfabrik oder Akademie ist dazu der erste Schritt. Sie ist der Samen für viele neue Denkfabriken und einer mächtigen Vernetzung der Weisheit der Vielen. Der Weisheit einer aufgeklärten Mehrheit. Wir brauchen großzügige Spender. Und wir brauchen bescheidene, uneigennützige Denker.

Wir fangen an. Jetzt. Nicht erst morgen.

akademie@demokratischerwiderstand.de

»Die Wertpapiere von heute sind das Altpapier von morgen«

***Wie können wir uns finanziell gegen die verschleppte Finanzkrise absichern? Marc Friedrich im* DW-EXKLUSIVINTERVIEW.**

DW: Herr Friedrich, was erwartet uns in naher Zukunft, wenn wir als Demokraten gewinnen?

Friedrich: Wir werden mit der kommenden Krise die alten Pfade verlassen müssen. In Zukunft werden wir anders arbeiten, anders bezahlen und uns als Gesellschaft anders organisieren. Das gewohnte Parteiensystem hat ausgedient – die Basisdemokratie wird sich durchsetzen. Wir werden mehr Dezentralität haben und in autarken, anarchistischen Städten leben – in sogenannten *Free Cities*.

Wie können so tiefgreifende Veränderungen so schnell vonstattengehen?

Durch die aktuelle Krise sind viele Menschen aufgewacht und zu der Erkenntnis gekommen, dass vieles grundsätzlich falsch läuft. Die Bürger möchten nicht mehr von oben fremdbestimmt werden, sondern ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen. Wir werden einen geistigen und spirituellen Paradigmenwechsel erleben, der in die Geschichtsbücher eingehen wird.

Kann sich der »kleine Mann« auf den Umbruch vorbereiten?

Raus aus Papierwerten. Raus aus Lebensversicherungen. Raus aus Bausparverträgen. Raus aus der Riesterrente. Die Wertpapiere von heute sind das Altpapier von morgen. So viel Geld wie möglich aus dem System herausziehen und aus dem Sichtfeld der Politik schaffen.

Heißt das, wir sollen unser Geld von der Bank abheben und Bargeld horten?

Bargeld ist das denkbar schlechteste *Investment* überhaupt. Wir werden eine gewaltige Inflation erleben, die den Wert des Euros gnadenlos wegschmelzen wird.

Wohin dann mit dem ganzen Geld?

In Güter investieren, die von Natur aus oder durch die Mathematik limitiert sind: Grund und Boden, Gold, Silber und andere Rohstoffe. Auch einige Aktien eignen sich noch für eine Geldanlage. Aber allen voran würde ich Kryptowährungen empfehlen, wie zum Beispiel *Bitcoin*. Bevor die genannten Werte aber wirklich durch die Decke gehen, wird es noch einen deflationären Schock geben, der einige Wochen bis Monate dauern kann. Diese Phase stellt zugleich die letzte Chance dar, um seine Schäfchen ins Trokkene zu bringen.

Besteht ein direkter Zusammenhang zwischen dem atemberaubenden Anstieg des Bitcoinpreises mit der Corona-Politik?

Da existiert tatsächlich ein Zusammenhang. Die Flucht vieler Kleinanleger und des institutionellen Kapitals in Kryptowährungen kann als Vertrauensentzug in das aktuelle Geldsystem, in die Notenbanken und auch in die Politik gewertet werden. *Bitcoin* existiert seit 2009 und ist ein Kind der Finanzkrise, die wenige Monate zuvor ihren Höhepunkt hatte. Jetzt zeigt sich ein weiteres Mal, das in der Bevölkerung ein großes Bedürfnis nach dezentralen Währungen herrscht, die unabhängig von Staaten und Banken funktionieren.

Wird es einen »Schwarzen Freitag« geben, an dem die Märkte zusammenbrechen werden?

Heftige *Crashs* sind zu erwarten. Es wird mehrere solcher »Schwarzen Freitage« geben, begleitet von einem zermürbenden, langwierigen Bärenmarkt. Schlussendlich sind Markteinbrüche bis zu 80 oder 90 Prozent nicht auszuschließen.

Gibt es in diesem Szenario einen Ausweg, in welchem der Finanzmarkt halbwegs glimpflich davonkommt?

Nein. Im bestehenden System gibt es keine Lösungen mehr. Inflation führt zu noch mehr Inflation. Diese unglaubliche Geldflut kann nicht mehr eingedämmt werden. Die Zinsen müssten massiv erhöht werden. Das wiederum würde alles zum Einsturz bringen, weil das Wirtschaftssystem vom billigen Geld abhängig geworden ist. Das Ganze wird zwangsläufig in einen großen *Reset* münden. Wir haben aber immer noch die Entscheidung, ob wir dabei nur zusehen oder aktiv die Chance nutzen, um ein revolutionäres und gerechtes System zu erschaffen.

Die Fragen stellte Burak Erbasi.

DIE WELT STEHT KOPF

Ein Blick auf die Gefängnisinsel Australien: Mit einstelligen Corona-Zahlen soll ein ganzes Land knallhart abgeriegelt werden.

Von Ronja Palmer



»Wir, das Volk, die sind Vielen, ›die‹ sind die Wenigen. Stehe auf von deinen Knien, Australien.« – Demokratin macht ihren Standpunkt klar. Foto: WWD

Kann ein versehentlich ins Publikum fliegender Ball zur Virenschleuder werden? Für den gesunden Menschenverstand ist das einfach bizarr, für Südaustraliens Gesundheitsbeauftragte, Nicola Spurrier, jedoch ein medizinisch ernstzunehmendes Ereignis.

So forderte Spurrier kürzlich in einer Livesendung die Australian Football Fans dazu auf, sich zu ducken, wenn ein von der Mannschaft aus Melbourne geschossener Ball ins Publikum flöge. Denn Melbourne ist ein erklärtes Dauer-Risikogebiet in Sachen Corona. Und wer wüsste schon, so Spurrier, ob nicht selbst auf einem Fußball der vermeintlich so gefährliche C-Virus sitzen könnte.

Doch hört beim *Football* die Absurdität nicht auf. In Australien, einem Land, über das man in Deutschland sporadisch berichtet, greift das Corona-Regime seit der globalen Ausrufung der Pandemie mit eiserner Hand durch. Mit der *No-Covid*-Strategie peitscht die Regierung das Land von einem *Lockdown* in den nächsten. Um jeden Preis soll das ausgemachte Ziel *»get back down to zero«* (deutsch: wieder auf Null kommen) erreicht werden – so ließ es der oberste Kopf der Gesundheitsbehörde des Bundesstaates Victoria, Brett Sutton, verlauten. Folglich reicht in Australien häufig eine einstellige Corona-Fallzahl zur Rechtfertigung neuer Drangsalierungen aus.

FÜR DIE IMPFUNG DARF DAS HAUS VERLASSEN WERDEN

Auch Victoria mit der Millionenmetropole Melbourne befand sich bis vor kurzem im vierten *Lockdown* seit Beginn der sogenannten »Pandemie«. Den Bürgern wurde ein strikter Hausarrest auferlegt. Ihr Zuhause durften sie nur verlassen, um Lebensmittel einzukaufen, um zur Arbeit zu gehen, sofern diese als gesellschaftlich notwendige Tätigkeit eingestuft wurde, um Arzttermine wahrzunehmen, um Angehörige zu pflegen, um für maximal zwei Stunden Sport am Tag zu betreiben und, als Krönung der Unverfrorenheit, um sich impfen zu lassen.

»MEIN KÖRPER, MEINE WAHL«

Am 10. Juni wurden einige Maßnahmen aufgehoben, zahlreiche verfassungswidrige Grundrechtseinschränkungen bleiben jedoch in Kraft – so etwa das Verbot für Melbournes Bürger, sich weiter als 25 Kilometer von ihrem Zuhause zu entfernen. Es ist die gleiche Häppchen-Strategie wie in Deutschland, nur eben *»down under«*. Die Fesseln werden ein wenig gelockert, so dass der unkritische Bürger ein täuschendes Gefühl von wiedergewonnener Freiheit bekommt, das ihn ausharren und still alle anhaltenden Schikanen über sich ergehen lässt. Und das, obwohl statistisch die Zahl der Corona-Toten in Australien, bei einer Gesamtbevölkerung von gut 25 Millionen bei gerade einmal 910 liegt.

Beispiellos sind auch die strikten Reisebeschränkungen. Seit März 2020 sind die internationalen Grenzen dicht und nach aktuellem Stand sollen sie das auch bis Ende 2021 bleiben. Weil nur derjenige das Land verlassen darf, der schwerkranke, enge Verwandte besuchen oder permanent ausreisen will, und weil nur Personen mit ständigem Aufenthaltstitel einreisen dürfen, sind viele Familien und Paare seit Monaten zwangsgetrennt.

Dazu kommt, dass das staatliche Rückholprogramm auf voller Linie versagt hat: 30.000 Australier sitzen nach über einem Jahr immer noch im Ausland fest. Die, die es doch zurückschaffen, müssen in eine zweiwöchige Hotelquarantäne oder womöglich bald in eines der im Bundesstaat Victoria geplanten Quarantänezentren. Oder sollte man besser Zwangslager sagen? Kurioserweise wirbt trotz Reiseverboten die australische Fluggesellschaft »Qantas« mit Fluggutscheinen und Prämienpunkten für Geimpfte. Wohl um die Impfquote in die Höhe zu treiben, denn diese liegt bis jetzt bei zwei Prozent der Bevölkerung.

Und was tut sich an der australischen Widerstandsfront? Glücklicherweise zeigt sich auch dort, dass ein wachsender Teil der Menschen das medial-inszenierte Corona-Schauspiel durchschaut hat. Seit April letzten Jahres finden regelmäßig Demonstrationen in den großen australischen Städten Perth, Sydney, Adelaide, Brisbane und Melbourne statt. Dabei kommt es regelmäßig zu verstörend heftigen Gewaltakten der Polizei gegen die friedlichen Versammlungsteilnehmer. Wie auch in Deutschland, werden die Demokraten, welche Krieg und autoritäre Macht ablehnen, von den großen Medienkonzernen als aggressive Unruhestifter diffamiert.

DER WIDERSTAND IST UNERSCHÜTTERLICH

Es scheint, dass die Welt Kopf steht. Und da macht die Südhalbkugel keine Ausnahme. Und doch stimmen die Bilder von Menschen, welche Plakate mit den Aufschriften »*my body my choice*« (deutsch: Mein Körper, meine Wahl.) oder »*stop selling my freedom*« (deutsch: Hört auf, meine Freiheit zu verkaufen.) in die Kamera halten, optimistisch. Denn egal ob in Deutschland oder in Australien, die Freiheitskämpfer sind sich einig: Wir werden uns niemals ducken, nicht vor einem Melbourner Spielball und ganz bestimmt nicht vor Menschen, die kein Recht besitzen, willkürlich in unser Leben einzugreifen.

MELDUNG

PUTIN GEGEN IMPFPFLICHT

Moskau/DW. »Es ist unpraktisch und unmöglich, eine Impfpflicht einzuführen«, sagte Putin gegenüber dem Staatsfernsehen am 27. Mai. Entgegen den Behauptungen von *Spiegel* und der *Welt*, setzt der russische Präsident auf die Eigenverantwortlichkeit der Bürger. Er distanziert sich damit von Moskaus Oberbürgermeister Sergej Sobjanin, der die Corona-Impfquote hochtreiben will, indem er Druck auf Arbeitgeber und Gastronomen ausübt. Die Impfquote liegt in Russland derzeit bei 12 Prozent. 62 Prozent der Bürger sind laut Umfragen gegen die Corona-Impfung. Genauso wie gegen Zwangsmaßnahmen: Bisher tobt in Moskau das Leben, die Bars und Clubs sind geöffnet. Lediglich in der Metro gibt es die Empfehlung zum Tragen einer Maske. (sts)

SCHWEDENS REGIERUNG DURCH MISSTRAUENSVOTUM GESTÜRZT

Stockholm/DW. Am Montag sprach eine Mehrheit im Reichstag in Stockholm dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Stefan Löfven ihr Misstrauen aus. Damit ist die rot-grüne Minderheitsregierung in Schweden abgewählt. Es ist das erste erfolgreiche Misstrauensvotum in der Geschichte Schwedens. Auslöser für das Votum war eine von Löfven geplante Aufweichung der Mietpreisbremse für bestimmte Wohngebiete. Daraufhin reichten die als rechtspopulistisch klassifizierten Schwedendemokraten einen Misstrauensantrag gegen den Ministerpräsidenten ein, dem sich mehrere Oppositionsparteien anschlossen, neben den Christdemokraten und den Moderaten auch die Linkspartei. Löfven muss nun innerhalb einer Woche entscheiden, ob er Neuwahlen ausrufen, oder mitsamt seiner Regierung zurücktreten wird. (rop)

BERUFSVERBOT FÜR UNGEIMPFTES GESUNDHEITSPERSONAL ITALIENS

Rom/DW. In Italien sind erste Ärzte, Krankenpfleger und andere Mitarbeiter im Gesundheitswesen, die eine Corona-Impfung verweigert hatten, suspendiert worden. Das italienische Parlament hatte im Mai ein Gesetz zur Einführung einer Impfpflicht für das Gesundheitspersonal verabschiedet. Ausnahmen von der Impfpflicht werden nur in wenigen Fällen gemacht. Wer sich im Gesundheitswesen nicht impfen lassen will, muss Aufgaben ohne direkten Kontakt mit Patienten oder Kunden übernehmen. Besteht diese Möglichkeit nicht, heißt es: unbezahlter Zwangsurlaub. 45.000 Mitarbeitern – das sind 2,3 Prozent aller Sanitäter – droht bis zum Jahresende die Suspendierung. Den Ungeimpften wird in die Schuhe geschoben, sie seien verantwortlich für die Coronavirus-Ausbrüche in Krankenhäusern und Altersheimen. Klagen gegen das Berufsverbot sind angelaufen. (rop)

Pro und Contra, Weiß und Schwarz – und die Zwischenstufen: Jeder Zweifel am Corona-Regime ist angebracht und Teil der größten demokrat

IST DIE POLITMEDIALE KA

Ja, ist sie. Schauen wir uns doch mal unser politisches Spitzenpersonal parteiübergreifend genauer an. Wir werden feststellen, dass wir es mit drei unterschiedlichen *Mutanten des Dummseins,* mit drei wesentlichen Kategorien von Blödheit zu tun haben.

Als erstes widmen wir uns der größten Gruppe, den *klassischen Dilettanten.* Diese können nicht viel, außer sich geschickt nach oben zu manövrieren. Es handelt sich um die, die es einfach aus Mangel an besseren Alternativen nach oben in die Politik geschafft haben, die diese als soziales Auffangbecken nutzen und gut bezahlt, wenig leisten. Insbesondere die SPD gönnt sich eine Reihe unausgebildeter, aber top bezahlter Spitzenkräfte, die die Partei und das Land aufgrund ihres geistigen Dauertiefflugs kontinuierlich in den Ruin treiben. Dazu gehören ein Kevin Kühnert, abgebrochenes Studium, immerhin drei Jahre Call Center Tätigkeit, eine Saskia Esken, ebenfalls abgebrochenes Studium und natürlich eine Franziska Giffey, die kürzlich ihren Doktortitel aufgrund von Täuschung wieder abgeben musste.

Die zweite Kategorie der blöden Politiker ist die der *minderbemittelten Hochstapler*. Diese tauchen zwar seltener auf, dafür aber umso brachialer. Sie sind schlicht und ergreifend einfach zu dumm zum »faken«, drängen sich aufgrund von akuter Selbstüberschätzung ins Rampenlicht, positionieren sich dort peinlich schlau, reden über Kobolde statt Kobalt, wollen Strom im Netz speichern und schießen einen Baerbock nach dem anderen ab. Und dann wollen sie auch noch »Kanzler:*innen« werden (wir gendern doppelt, zur Sicherheit). Wir wissen, dass die Grünen nahezu unschlagbar sind, was die Fehlbesetzung wichtiger Positionen anbelangt – da reicht's dann auch nicht aus, dass Robert Habeck die Haare schön hat.

Und nicht zu vergessen, die letzte Kategorie der blöden Politiker und auch die gefährlichste: *die Dummdreisten.* Eine große Ansammlung dieser Spezies findet sich in der CDU, ganz weit vorn Jens Spahn, der demaskierte Pharmalobbyist, der unsere Krankendaten verhökert, minderwertige Staubmasken für Milliarden von unseren Steuergeldern einkauft, um uns vor Viren (!) zu schützen und ein Versprechen nach dem anderen bricht. Ein Bankkaufmann auf Abwegen eben. Um es kurz zu machen: Wir brauchen wieder Fachkräfte in der Politik, die noch wissen, was sie tun und die mit Begriffen wie Anstand und Redlichkeit etwas anfangen können.

Nadine Strotmann ist Kommunikationswissenschaftlerin, DW-Redaktionsmitglied und Marketingfachfrau.

Jein. Die Verblödung nimmt zu – was aber die Erfolge der Blöden nicht schmälert: Es wird geimpft und manche, wie meine Ex, fühlen sich dadurch gar »geerdet«. Da stört auch nicht, dass die Mutationsvariante »Delta« aus dem indischen Delta im Anmarsch ist. Eine Mutation folgt der anderen. Später mal werden Viren freigesetzt aus den Gasen einer indischen Kuh oder dem Tanzschweiß eines tibetischen Mönchs, der Aerosole um sich herumtanzen lässt.

»Unterschätze nie die Macht der Dummen, die einer Meinung sind«, so sinnierte einst Kurt Tucholsky. Der Satz wäre heute abzuwandeln: Unterschätze nie den Durchhaltewillen der Mächtigen, die gerade ihre Dummheit als schärfste Waffe nutzen. Albert Einstein hat es auf den Begriff gebracht: »Nur zwei Dinge sind unendlich: der Kosmos und die menschliche Dummheit. Wobei ich mir beim Kosmos nicht sicher bin.«

IMMER BLÖDER – UND GEFÄHRLICHER!

»Die Langlebigkeit der Blödheit gibt die neue Maßeinheit her für den Lauf der Welt. Sie folgt nicht der Uhr, sondern den Notwendigkeiten der selbstreferentiellen Dauerverblödung, die in diesem Falle eine Gemeinschaftsleistung darstellt zwischen Tätern und (leider) Opfern, die sich gegenseitig die Bälle zuspielen. Wie war das denn noch: Ein Typ aus Lingen in Westfalen baut sich in einer Nacht in den Iden des Märzes ein Modell zusammen, das seither die Matrix unseres Weltverständnisses bildet: den PCR-Test. Fällt der positiv aus, ist der Getestete infiziert, also krank – auch ohne Symptome. Vieles erinnert hier an die trunkene Dialektik Hegels, der befand, dass das Gegenteil einer Sache die eigentliche Wahrheit der Sache ist, was hier so viel bedeutet wie: Der Gesunde findet seine Wahrheit darin, dass er eigentlich krank ist. Der Kranke aber findet sie darin, dass er als Geimpfter gesund zu sein hat.

Die Geschichte dieser Verblödung wird ablesbar an »Ruck«-Bewegungen. So *ruckelten* wir durch verschiedene Phasen: die Toilettenpapierphase, die Türklinkenputzphase, die R-Wert-Ruckphase. Dazu diese EinpaukerInnen: Die Slomka mit ihren stahlblauen Augen, der Herr Spahn mit seinem Raubvogelgesicht, dazu ein Lauterbach, der durch die *Talkshows* rauscht wie ein düsterer Richter durch den Western – sie und all die unbewegten Beweger aus Davos und *Silicon Valley* nehmen teil an einem Verblödungswettbewerb, der in die Unendlichkeit zielt. Also am Ende diese Antwort: Ja, es wird immer blöder – und gefährlicher.

Der Philosoph Werner Köhne ist Dokufilmer und Radiomacher (*arte, WDR*) sowie Autor der »Minima Mortalia«.

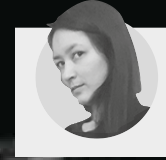
Jein, denn ein Teil der Bevölkerungen schenkt der politmedialen Kaste noch immer Glauben. Das deutsche Verbrechernetzwerk, wie ich es sehe – darunter *Hubert Burda Media, Axel Springer, Bertelsmann, G+J, Die Zeit, ARD, ZDF, Holzbrinck Publishing Group, Verlagsgruppe Handelsblatt, Funke Medien Gruppe, taz, Süddeutsche Zeitung* und die *Frankfurter Allgemeine* – überschwemmt den Markt mit einem neuen Einfall: Der Deltavariante.

In dem Pandemiemärchen soll es im Herbst weitergehen mit einer vierten Welle ausgelöst durch diese, huah, Delta-Variante mit dem dollargrünen Symbol der Dreickspyramide. Die Geimpften machen sich nun Sorgen, ob das Experiment, das an ihnen verübt wurde, auch dieser Mutation standhalten kann. Jens Spahn warnt Fussballfans davor, nach London zu reisen. Diktatorin Merkel, warnt ebenfalls vor vollen EM-Stadien. Die WHO möchte, dass jeder das Risiko, vor die Tür zu gehen, neu bewertet. Lissabon wurde abgeriegelt und Großbritanien hat Lockerungen verschoben.

Doch eingeschworene Demokraten wissen es besser. Sie glauben diesen Schwachsinn nicht, der ihnen seit über einem Jahr erzählt wird. Sie wissen, dass die Machtgeilen nicht anders können, als den Laden komplett gegen die Wand zu fahren und dafür neuen Erzählstoff brauchen. Denn nichts weiter ist diese Mutation. Wie sollten die Regierenden auch anders ihre Vorhaben vorantreiben. Durch diese angebliche Gefahr für die Menschheit erklären sie, dass sie einen Überwachungsstaat installieren müssen, das Bargeld abgeschafft werden muss und das die komplette Digitalisierung oberste Priorität hat.

DAS GUTE WIRD SIEGEN

Nein, Demokraten wissen, dass diese Faschisten noch nie um die Gesundheit, geschweige denn um das Wohlergehen des Volkes bemüht waren. Das Einzige, worum sie sich schon immer gekümmert haben, sind und bleiben sie selber. Sie wollen solange es geht an der Macht sein, reich sein und das Volk unten halten. Das Volk soll gehorchen, keine Fragen stellen und dienen. Doch wie in jedem Film oder Märchen wird am Ende das Gute siegen. Das wissen selbst diese Faschisten.



Jill Sandjaja ist Architektin, Musikerin und DW-Illustratorin. Sie sagt: »Ich habe auf Rock'n'Roll geschworen.«

ischen Erhebung der deutschen Geschichte: Die Demokratiebewegung. EINE AUSWIEGUNG in fünf Schattierungen durch fünf DW-Experten.

ASTE VÖLLIG VERBLÖDET?

Hallo, jemand zuhause da oben?

Sie sitzen in der Bundespresse-konferenz und stellen keine sinnvollen Fragen. Sie atmen in hochdotierten Ausschuss-sitzungen tief durch. Und sie pupsen in die eher schäbigen Sessel der Hetz- und Propagandagazetten ... Tja, unsere Polit- und Leitmedienfutzis und der Corona-Coup. Gehören sie noch zu uns?

Wer die Frage beantworten will, ob das Corona-Regime eine Verschwörung ist oder nicht, muss zuerst die Frage beantworten, wie dumm und manipulierbar die vermeintlichen Eliten der zweiten und dritten Reihe sind. Also jene, die für uns kontrollieren, berichten und die Stimme hätten erheben müssen. Doch sie schotteten sich ab. Und logen.

Neu ist der Niedergang, das Fiasko der politmedialen Kaste nicht: Einige Gallier glaubten laut Asterix daran, ihnen würde bald das Klima auf den Kopf fallen. Viele Amerikaner wähnen überall »den Terror«. Manch ein Zivilisationsmüder hatte zuvor bereits seinen Waschzwang wegen Viren und Bakterien. Die PR-Stelle des Raumfahrtkonzerns Nasa schickt Videos von angeblichen Außerirdischen über die Sender. Und Frau Merkel will steif und fest an Delta-Mutanten glauben (siehe Illustration).

Was würden wir nur ohne unsere Berufspolitiker und Konzern-medien tun?

Die Wochenzeitung Demokratischer Widerstand klärt auf!

Illustration: Jill Sandjaja/DW. Redaktion Panorama: Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp.

Jein, die Funktionäre in Staat und Leitmedien sind eher nicht verblödet. Aber von Medien und Einflussgruppen der Nato dominiert! In etwas helleren Tagen deckte das die *ZDF*-Sendung »Die Anstalt« auf.

So weit, so schlecht. Wir leiden unter einem Maßnahmenregime, das verfassungs- und menschenrechtswidrig ist. Für unser Leben bedeutet das, das wir mit einem absurden kultischen Terror überzogen werden: Mit Masken werden unsere Gesichter entstellt, unsere Atmung stark beinträchtigt. Der Abstand hält uns von natürlicher Körperlichkeit, von Miteinander und Sexualität ab. Unsere Kinder wurden und werden gequält und traumatisiert. Die Impfpropaganda und das verantwortungslose Hineintreiben der Herde Mensch in die Impftempel führt zu Todesfällen und Impfgeschädigten, die es ohne diesen Wahnsinn nicht gäbe. Das Regime ist mörderisch, daran gibt es nichts zu beschönigen. Doch sind unsere Politiker und die Medienfutzis von GEZ und Bertelsmann einfach nur dumm, fehlgeleitet und »neben der Spur«?

TROTZ VERBLÖDUNG SCHULDFÄHIG

Jein. Das trifft sicher auf eine großen Teil dieser Leute zu: Die Hinterbänkler der Parteien CDU-CSU, SPD, Linkspartei, Bündnisgrüne, AfD, FDP sowie die Medienblase um Leute wie etwa Georg Mascolo (*SZ, ARD*) und Olaf Sundermayer (*RBB*). Die Hellsten sind sie nicht. Aber sie sind an führender Stelle – trotz ihrer eingeschränkten Geistesmöglichkeiten – mitverantwortlich für unsere Öffentlichkeit, die *Res Publica*, die Republik. Sie haben sich schuldig gemacht und, klar, sie müssen bestraft werden. Dies aber nach seriösen rechtsstaatlichen Verfahrensweisen; die Todesstrafe bleibt abgeschafft. In den USA fordert die Demokratiebewegung die Inhaftierung des PC-Rentners Bill Gates, der sich mit seinen »Stiftungen« immer wieder als Dr.-No-Figur des Corona-Regimes präsentiert. In Deutschland fordern die Verteidiger des Grundgesetzes die Inhaftierung der Bundesregierung und des *Fake*-Verfassungsgerichtspräsidenten Stephan Harbarth, die mit unserer Demokratie, unserer gesellschaft und unseren Kindern ihr Schindluder treiben.

Für wen tun sie das? Das deckte die *ZDF*-Sendung »Die Anstalt« schonungslos auf. Die Sendung vom 29. April 2014 sollte schon damals verklagt und verboten werden. Noch ist sie trotz *Youtube*- und Staatszensur erhalten. Anschauen!



Johnny Rottweil ist gelernter Handwerker, IT-Experte und DG-Mitglied, siehe *demokratischegewerkschaft.de.*

Nein, nicht wenn mit politmedialer Kaste die Führungsebene gemeint ist. Eher ja, wenn das breite Feld politischer Funktionsfutzis in Parteiapparaten und Parlamenten und die Söldnerheere der medialen Artillerie und der Heckenschützen gemeint ist.

Generell Verblödung zu unterstellen, das hieße, die politmediale Kaste teilweise verantwortungsfrei zu stellen. So einfach kommen die uns nicht davon! Statt Verblödung treffen viel eher andere widerliche menschliche Eigenschaften auf sie zu wie Korruption, Verlogenheit, Eitelkeit, Machtgeilheit, Bösartigkeit, Autoritätshörigkeit und ethisch-moralische Verwahrlosung.

Unabhängig von der Eigenschaftskombination hat die Corona-Nummer eindeutig erwiesen: Die politmediale Kaste ist eine Krieg führende Partei im laufenden Bürgerkrieg. An der Kampffront psychologischer Kriegsführung stehen organisierte Politkriminelle und deren Mediensöldner. Sie betätigen sich als Dreckschleudern gegen Demokraten und ein gelingendes Leben.

Bei den Polit-Hofschranzen und in den medialen Söldner-Heeren gibt es zweifellos jede Menge verblödeter Befehlsempfänger und Speichellekker. Deren Motiv »intrinsischer Mission«, die Demokratiebewegung mit Dreck zu bewerfen, liegt in Karrierehoffnungen und Gruppenzugehörigkeit. In der »Schönen Neuen Merkel-Diktatur« funktioniert das nur, wenn man Chef oder Chefin nach dem verwahrlosten Kopfe schreibt.

NICHT VERBLÖDET, SONDERN IM KRIEG GEGEN UNS ALLE

Im Vergleich mit den Speichelleckern ist die politmediale Entscheider-Kaste von anderem Schrot und Korn. Im Laufe der letzten 20 Jahre wurde sie integraler Teil des »Global Deep State«. Dieser schickt sich an, die Menschen in den Dritten Weltkrieg zu hetzen. Die Corona-Nummer dient einzig dazu, die Völker in Angststarre zu halten, sie mit Schwachsinn zu beschäftigen, zu terrorisieren und die Demokratie via »Ausnahmezustand« zu entsorgen. Die Corona-Nummer ist vornehmlich eine militärisch-geopolitische Großoperation zur Neuordnung der Welt. Diese so perfekt durchzuführen, gelingt »Verblödeten« ganz sicher nicht.



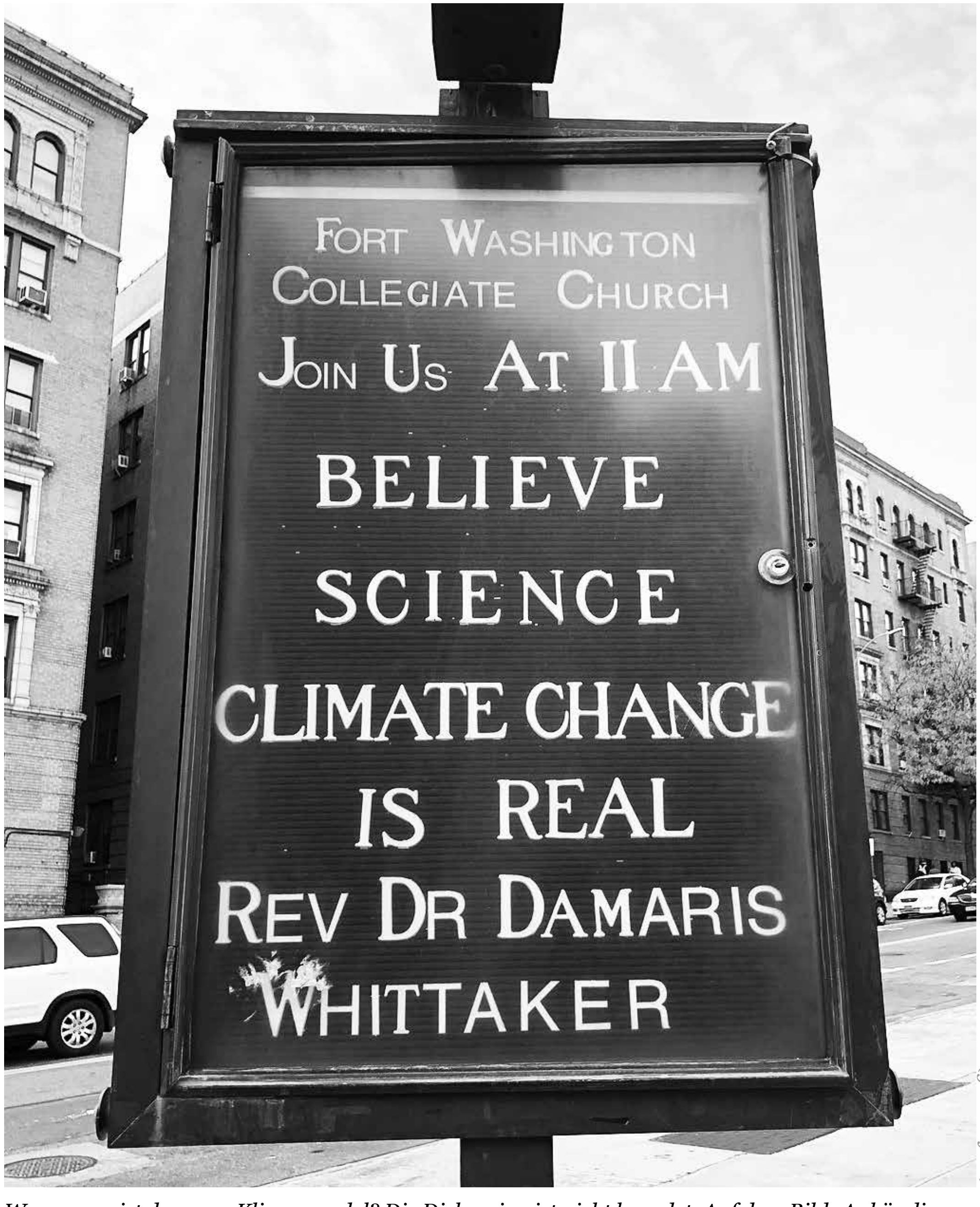
Ullrich Mies studierte Politik in Duisburg und Jamaica, arbeitete für die Arbeitsagentur und ist Bestsellerautor.

DER MYTHOS DER EINIGKEIT

Der vielzitierte Konsens, der unter Klimawissenschaftlern herrschen soll, ist eine absichtliche Täuschung der Öffentlichkeit. | Von Markus Fiedler

Der Klimawandel ist in aller Munde. Und es wird das nächste Thema nach Corona sein, das durch das mediale Dorf getrieben wird. »Die Menschheit verbraucht zu viel fossilen Kohlenstoff und produziert durch Verbrennen desselben viel zu viel CO2. CO2 heizt über einen Treibhauseffekt die Atmosphäre auf. Wir Menschen haben den größten Anteil an der Klimaerwärmung. Wir werden alle sterben, wenn wir jetzt nicht etwas dagegen unternehmen.«

So in etwa hören wir es tagtäglich aus allen Lautsprechern. Wer hier Zweifel anmeldet, ist ein Ketzer und Klimaleugner. Wer behauptet, es gäbe keine Einigkeit zu diesem Thema in der Wissenschaft, dem wird vorgehalten, dass es einen überwältigenden Konsens innerhalb der Klimawissenschaft gäbe und sich alle wichtigen Wissenschaftler doch darüber einig seien. Eine Studie, die diesen angeblichen Konsens nachweisen will, lautet: »*Cook et al.: Quantifying the consensus on anthropogenic global warming in the scientific literature. In: Environmental Research Letters 8 (2013)*«. In der Studie hat Cook die Kurzzusammenfassungen von knapp 12.000 Arbeiten auf Aussagen zum Klimawandel analysiert und die wissenschaftlichen Veröffentlichungen dann zu einer von sieben Kategorien zugeordnet.



Was genau ist dran am Klimawandel? Die Diskussion ist nicht beendet. Auf dem Bild: Ankündigung einer Predigt zum Klima am 26. Oktober 2019 in der Fort-Washington-Kirche, New York.

Foto: Commons (gemeinfrei)

EMPIRISCHE WISSENSCHAFT STATT MEHRHEITSPRINZIP

Durch mein Biologie-Studium bin ich sozusagen mit naturwissenschaftlichen Regeln sozialisiert worden. Eine dieser Regeln besagt, dass Naturwissenschaft keine Demokratie ist. Über die Korrektheit einer These bestimmt nicht die Mehrheit, sondern das bessere und in sich schlüssigere Argument. Ob sich nun 97 Prozent oder nur 0,54 Prozent einig sind, dass irgendwas richtig oder falsch sei, ist keine Wahrheitsprüfung der Aussage selbst. Mir selbst ist es auch einerlei, ob die These mit dem menschengemachten Klimawandel nun stimmt, oder nicht. Was mich allerdings zunehmend beunruhigt und ärgert, ist die politische Instrumentalisierung von angeblicher Wissenschaft. Zum vorliegenden Fall habe ich daher im Januar 2020 zwei ausführliche Artikel verfasst, die bis tief ins Detail nachweisen, wie manipulativ der Artikel von Cook et. al von 2013 ist. Meine Analysen können Sie unter http://markus-fiedler.de/neuigkeiten/ nachlesen. Hier ist leider nur Platz für die Kurzzusammenfassung der Ergebnisse meiner Untersuchung.

PROPAGANDISTISCHE KLIMASTUDIE

Warum ist die Arbeit von Cook et al. so wichtig? Diese Arbeit wird immer wieder gerne von Politikern zitiert, wenn es um die Einführung neuer Gesetze zum Klimaschutz geht. Und da ist es schon interessant, wie belastbar so eine Arbeit ist. Machen wir es kurz und schmerzlos: Cooks Studie ist nicht im Ansatz belastbar! Cook und Kollegen schaffen es tatsächlich, den Leser darüber zu täuschen, wie viele Wissenschaftler sich über den menschengemachten Klimawandel angeblich einig seien. Anstatt der angeblichen 97 Prozent sind es tatsächlich nur 0,54 Prozent, die behaupten, dass der Mensch einen überwiegenden Anteil am Klimageschehen hat.

Wie kann so etwas sein? – Nun, es liegt wohl daran, dass derartig minderwertige Veröffentlichungen, wie die von Cook, nicht näher überprüft und gerne zitiert werden, wenn sie das eigene Narrativ unterstützen. Cook nutzt für seine vorsätzliche Täuschung zunächst einmal schwammig formulierte Kategorien. Er ordnete die Arbeiten folgenden Gruppen zu:

1: Äußern sich explizit zum AGW (menschengemachte globale Erwärmung) und ordnen dem Menschen mehr als 50 Prozent Anteil am Klimawandel zu.
2: Äußern sich explizit zum menschengemachten Klimawandel, quantifizieren oder minimieren den Anteil jedoch nicht.
3: Äußern sich implizit zum menschengemachten Klimawandel (zum Beispiel durch Erwähnung desselben).
4: Nehmen keine Position ein.
5: Minimieren oder lehnen den menschengemachten Klimawandel wenigstens implizit ab.
6: Minimieren oder lehnen den menschengemachten Klimawandel explizit ab, quantifizieren aber nicht den Anteil.
7: Lehnen den menschengemachten Klimawandel ab und behaupten, der menschliche Anteil liege unter 50 Prozent.

SCHNITZELJAGD MIT ROHDATEN

Wir sehen, dass es unter den Kategorien nur eine gibt, die eine eindeutige Aussage zu einem überwiegenden Anteil am menschengemachten Klimawandel enthält, nämlich die allererste. Und jetzt kommen die Tricks! Trick Nummer 1: Cook verschweigt in seiner Veröffentlichung das eigentliche Ergebnis in den realen Zahlen. Das muss man sich als Leser selbst erarbeiten, indem man sich durch seine Rohdaten wälzt und diese selbst analysiert. Dazu muss man die Rohdaten erst einmal finden! Ein Unding – so etwas geht gar nicht in einer wissenschaftlichen Veröffentlichung! Und nur so bekommt man heraus, dass sich gerade einmal 64 Arbeiten von 11944 Arbeiten zu Kategorie 1 zuordnen lassen! Und diese 64 Arbeiten machen einen Anteil von gerade einmal 0,54 Prozent aus. In Kategorie 2 findet man 922 Arbeiten (7,72 Prozent), in Kategorie 3 2910 Arbeiten (24,36 Prozent).

Trick Nummer 2: Cook und Kollegen addieren einfach die Kategorien 1 bis 3 auf und behaupten, dass alle diese Veröffentlichungen sich einig darüber seien, dass der Klimawandel überwiegend menschengemacht sei. Vergleichen Sie nochmal die Definitionen der Kategorien damit. Diese Methodik ist so nicht zulässig. Besonders die Kategorien 2 und 3, bei denen es lediglich ausreicht, das Wort »Klimawandel« zu erwähnen, ohne eine ablehnende Haltung einzunehmen, kann nicht zu Kategorien 1 und 2 einfach hinzugezählt werden.

Auch ist hier die Abgrenzung zu Kategorien 4 bis 6 nicht klar erkennbar. Und so überrascht es auch nicht, dass zahlreiche Arbeiten objektiv falsch zugeordnet sind. Bei einer Stichprobe von insgesamt 98 Arbeiten fand ich 17, die sogar falsch der Kategorie 2 zugeordnet wurden und eigentlich in die Kategorie 3 oder 4 gehört hätten. Eine Arbeit entpuppte sich gar als reine Werbung. Hier ein blumiges Zitat daraus: »Ökoeffizienz – der optimale Einsatz von Material, Energie, Personal und Kapital, um innovative Produkte auf den Markt zu bringen – gilt bei Roche als Voraussetzung für den zukünftigen Geschäftserfolg. Die konzernweiten Aktivitäten zur Steigerung der Ökoeffizienz konzentrieren sich eher auf Herstellungsprozesse als auf das Produktdesign [...].« Einige der Wissenschaftler beschwerten sich auch über die Eingruppierung ihrer Veröffentlichungen. Dr. Idso beispielsweise schrieb: »Es wäre falsch zu behaupten, dass unser Papier eine Billigung der CO2-induzierten globalen Erwärmung ist.«

SCHWEIGENDE MEHRHEIT BEI KLIMAFRAGE

Der allergrößte Anteil der Wissenschaftler macht bemerkenswerterweise keine Aussage dazu, ob der Klimawandel überwiegend menschengemacht sei oder nicht. Satte 7.970 Arbeiten beziehungsweise 66,73 Prozent aller Veröffentlichungen, müssten daher in Kategorie 4 eingeordnet werden. Und hier kommt der nächste Coup von Cook und Kollegen.

Trick Nummer 3: Ähnlich, wie bei Wahlen ungültige Stimmen einfach bei der Zählung weggelassen werden, so wurde diese Kategorie 4 mit »Nehmen keine Position ein« auch hier einfach weggelassen. Da sich in den Kategorien 5 bis 7 nur 78 Arbeiten (0,66 Prozent) finden, wurden diese einfach der Summe der Kategorien 1 bis 3 gegenübergestellt und – Überraschung – es ergibt sich ein 97 Prozent Konsens! Ist das nicht toll? Nein, ist es nicht. Wissenschaftler werden einen Grund haben, wenn sie sich nicht eindeutig positionieren. Man kann hier entgegen Cooks Aussagen mit einigermaßen handfester Grundlage sagen, dass zwei Drittel aller Veröffentlichungen darin übereinstimmen, dass es keine eindeutigen Daten zum Klimawandel gibt.

Eine Leserin meiner Sachanalyse kommentierte Cooks Arbeit wie folgt: »Cook hat in der Studie nicht einfach ein bisschen mit der Statistik rumgetrickst. Der ganze Aufbau weist so gravierende methodische Mängel auf, dass selbst die Bezeichnung ›wissenschaftlicher Betrug‹ in diesem Fall noch eine Beschönigung darstellen würde. Die gesamte Studie besteht aus einer einzigen Aneinanderreihung von Absurditäten. [...] Die Tatsache, dass die Cook-Studie nicht nur in einer Fachzeitschrift erschienen ist, sondern von dieser auch noch zum Artikel des Jahres 2013 gewählt wurde, sollte jedem zu denken geben.«

DW-BESTSELLERLISTE



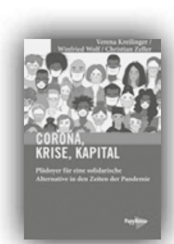
Hitlers amerikanische Lehrer. Die Eliten der USA als Geburtshelfer der Nazi Bewegung
Ploppa, Hermann
Liepsen Verlag
ISBN: 978-3-9812703-3-4



Schwarzbuch Corona. Zwischenbilanz der vermeidbaren Schäden und tolerierten Opfer
Berger, Jens
Westend Verlag
ISBN: 978-3-86489-343-8
ISBN: 978-3-89438-739-6



Rebellion oder Untergang! Ein Aufruf zu globalem Ungehorsam zur Rettung unserer Zivilisation
Chomsky, Noam
Westend Verlag
ISBN: 978-3-86489-314-8



Corona, Krise, Kapital. Plädoyer für eine solidarische Alternative in den Zeiten der Pandemie
Kreilinger, Verena; Wolf, Winfried; Zeller, Christian
PapyRossa Verlag
ISBN: 978-3-89438-739-6



Die größte Chance aller Zeiten. Was wir jetzt aus der Krise lernen müssen und wie Sie vom größten Vermögenstransfer der Menschheit profitieren
Friedrich, Marc
Finanzbuch Verlag
ISBN: 978-3-95972-457-9



Zwei Tage in Berlin. Fest für Frieden und Freiheit
Henkelmann, Hannes
Driediger Verlag
ISBN: 978-3-932130-63-2



Friedliche Solidarität. Für die Freiheit
von Richthofen, Motschi
Tradition GmbH
ISBN: 978-3-347-29761-6



Corona und andere Verbrechen. Satiren, Fakten, Enthüllungen
Steiner, Nicola
Bookmundo
ISBN: 978-94-036-1928-6



Generation Beleidigt. Von der Sprachpolizei zur Gedankenpolizei
Fourest, Caroline
Edition TIAMAT
ISBN: 978-3-89320-266-9



Ein Jahr Corona-Chaos. Erfahrungen mit dem Ausnahmezustand
Balint, Peter; Korthaus, Kay-Oliver
gemeinsam für grundrechte
ISBN: 978-3-9819910-3-1

Sport stärkt Freundschaft?

FRAGEN DER REDAKTION an DW-Sportchef Thomas Berthold

SPORT MIT BERTHOLD

Thomas Berthold ist eine Legende des Sports und mittlerweile als Unternehmer tätig. Er unterstützt die Demokratiebewegung. Nebenbei kommentiert er für diese Zeitung. In dieser Woche hatten wir einige Fragen.

DW: Das Münchener Stadion sollte mit den Farben der bunten Flagge angestrahlt werden, die einst für den Frieden und den Bauernaufstand wehte, später auch für die Rechte von Homosexuellen. Der Verband Uefa untersagte nun am Mittwoch diese Maßnahme. Wofür steht die bunte Fahne heute?

Thomas Berthold: In dem Zusammenhang für ein Eigentor! Ich finde es richtig, dass der Fußballverband Uefa sich nicht instrumentalisieren lässt. Wenn eine Stadt oder ein Land für Vielfältigkeit steht, dann sollte es solche populistischen Maßnahmen eben auch nicht nötig haben. Aber zum Spiel vom Mittwochabend: Zuerst einmal zählte für die deutsche Mannschaft das Weiterkommen. Allerdings war der Gesamtauftritt nicht gut und manche Kritik berechtigt. Die nicht gastfreundlichen Randerscheinungen wie das Beleuchten eines Windrades in Regenbogenfarben hat die Uefa zu bewerten. Völkerverständigung sieht jedenfalls anders aus. Die Politik hat sich damit ein schönes Eigentor geschossen.

Sie meinen die in den Sort hineingetragenen Auseinandersetzungen, bei denen es letztlich um Ungarns Verhältnis zur EU geht, weniger um Individualrechte. Doch auch in Kopenhagen trugen die Fans die sogenannte Sklavenmaske nicht und waren dennoch zahlreich im Stadion vertreten – wie in Budapest. Ihre Schlussfolgerung?

Meine Schlussfolgerung ist die Tatsache, dass bei anderen Spielen viel mehr Zuschauer zugelassen werden und diese sich nicht mit Maske bedecken. Da erübrigt sich jeder Kommentar.

Wie sehen Sie die Leistungen der deutschen Mannschaft?

Die deutsche Mannschaft hat zuvor ein sehr gutes Spiel gegen den amtierenden Europameister Portugal gemacht, auf das sich aufbauen lässt. Wenn du vier Tore geschossen hast, wächst das Selbstvertrauen.

Wer ist Ihr EM-Favorit nach Sichtung der Gruppenphase?

Meine Favoriten sind Frankreich und Belgien. Die beiden Trainer, auf Seiten Frankreichs Didier Deschamps, auf Seiten Belgiens Roberto Martínez, können sich hervorragend einstellen und haben in jeder vorstellbaren Turniersituation die besten Optionen.

Zum Schluss zum Breitensport: In Berlin wurden Ende 2020 Jogger vom Berliner Senat überfallen, weil sie eine Ausgabe des Grundgesetzes bei sich tragen könnten. Welche Stellung haben Sport und Bewegung unter dem bizarren Corona-Ausnahmezustand?

Hier fehlt mir das Verständnis für solche unsinnigen Aktionen der Polizei. Sport im Freien ist gesund und stärkt das Immunsystem. Das sollte doch eigentlich von der Politik gewollt sein, oder etwa nicht? Ich glaube jedenfalls nicht, dass sich die Uefa-Exekutive, von Kommunalpolitikern nervös machen lässt. Der Münchener Oberbrügermeister Dieter Reiter brüskierte Fußballfreunde und die internationale Politik. Und dies trug er auf dem Rücken des Fußballs aus. Es sollte es keine politisch motivierten Debatten im Sport geben, der den Sportlern und den Fans gehört, die sowieso ihre eigenen Freundschaften pflegen, ganz gleich, was Politiker davon halten.

Apropos, werden Sie am 1. August 2021 auch wieder mit der Demokratiebewegung in Berlin auftreten?

Geplant habe ich das unbedingt!

Thomas Berthold ist unter anderem Fußballweltmeister 1990 und Sportchef dieser Zeitung.

Grundgesetz

Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unabschaffbaren Grundrechte:

Artikel 1
(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2
(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3
(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4
(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 6
(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Artikel 7
(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

Artikel 8
(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 9
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

VOR DEM SKLAVEN, WENN ER DIE KETTE BRICHT,
VOR DEM FREIEN MENSCHEN ERZITTERT NICHT.
FRIEDRICH SCHILLER

Artikel 10
(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11
(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Artikel 12
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a
(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.
(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.
(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.
(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

Artikel 13
(1) Die Wohnung ist unverletzlich.
(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.
(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.
(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.
(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.
(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

Artikel 14
(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15
Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Artikel 16
(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

Artikel 16a
(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.
(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.
(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.
(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

Artikel 17
Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Artikel 17a
(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

Artikel 18
Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19
(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.
(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

Artikel 20
(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

Art. 146 *Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit [erst] an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.*

Impressum | Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (DW / der Widerstand) – Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. | 52. Ausgabe ab Samstag, 26. Juni 2021. | Redaktionsschluss war am 24. Juni, 5:30 Uhr. | Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | **Förder- und Freundeskreis:** Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V., Postfach 35 02 16, 10211 Berlin. | ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus zu verlangen, der ihnen vollständig zugutekommt. | **Spenden** an den Demokratischen Widerstand, Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung« an K.D.W. e.V., **IBAN DE46 8306 5408 0004 2747 84 · BIC GENODEF1SLR**.

Chefredaktion: Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp **Chef vom Dienst:** Burak Erbasi, Ronja Palmer (stv.) **Ressortleitung Wirtschaft:** Hermann Ploppa **Ressort Naturwissenschaft:** Markus Fiedler **Österreich-Korrespondent:** Eric Angerer **Ressort International:** Ronja Palmer **Sportchef:** Thomas Berthold **Layout und Satz:** Ute Feuerstacke, Jill Sandjaja, Anselm Lenz **Fotoressort:** Gerd Danigel, Steve Schramm, Hannes Henkelmann **Weitere Redaktionsmitglieder:** Aya Velázquez, Dr. Yana Milev, Vicky Richter, Markus Haintz, Alexandra Motschmann, Ullrich Mies, Annette van Gessel, Batseba N'Diaye, Nadine Strotmann, Dr. Tamara Ganjalyan, Louise Mary Lenz, Wolfgang Spraul, Torsten Wetzel, Dirk Hüther, Clark Kent, Doro Neidel, Dr. med. Alexander Richter, Johnny Rottweil, Samuel Gfrörer **Korrektorat:** Stefanie Supé, Barbara Klumpp. **V.i.S.d.P.** Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet am 25. und 28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin. Sitze der Zeitung sind London, Oslo, Stockholm, Moskau und Montevideo.

Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye, Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben in Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit 17. April 2020. **Verlag:** Sodenkamp & Lenz Verlagshaus GmbH, Berliner Allee 150, 13088 Berlin. **Druck:** Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S+M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden. Die Zeitung ist frei zur nichtkommerziellen Verbreitung, Vervielfältigung, Kopie, Projektion, Abfotografie, Verfilmung und so weiter, sofern dies sinnwahrend geschieht. Fotos und kommerzielle Verwertung müssen gesondert angefragt werden.